

Islamistischer Extremismus und Terrorismus



Baden-Württemberg

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg
Taubenheimstraße 85A
70372 Stuttgart

Tel.: 0711 / 95 44 - 00
Fax: 0711 / 95 44 - 444
E-Mail: info@verfassungsschutz-bw.de

Illustrationen, Grafiken & DTP:

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg

Titelbild:

picture-alliance/dpa

Druck:

E. Kurz & Co., Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart

Vervielfältigung & Nachdruck:

unter Angabe des Herausgebers gestattet

Zitate:

Alle direkten Zitate sind in Kursivschrift gesetzt. Zitate aus Texten in alter Rechtschreibung wurden an die neue Rechtschreibung angeglichen.

Islamistischer Extremismus und Terrorismus

Stand: April 2006

INHALT	SEITE
1. Einführung	5
2. Arabische und multinationale Organisationen	10
2.1 Das Spektrum arabisch-islamistischer Organisationen	10
2.2 Übersicht der beobachteten arabischen Organisationen	13
2.3 Sunnitisch-islamistische Organisationen	14
2.3.1 Der transnationale islamistische Terrorismus (Djihadismus)	14
2.3.1.1 „Al-Qaida“ und „non-aligned Mudjahidin“	16
2.3.1.2 Propaganda der „al-Qaida“	18
2.3.1.3 Die Chronologie des Terrors	23
2.3.1.4 Zur Finanzierung islamistischer Netzwerke	25
2.3.2 Die „Muslimbruderschaft“ (MB) und ihre nationalen Zweige	27
2.3.2.1 HAMAS („Bewegung des islamischen Widerstands“) und „Islamischer Bund Palästina e.V.“ (IBP)	32
2.3.2.2 „Islamische Gruppe“ („al-Djamaa al-Islamiya“) und „Islamischer Jihad“ („al-Djihad al-Islami“)	33
2.3.2.3 „An-Nahda“ („Bewegung der Erneuerung“)	33
2.3.2.4 „Islamische Heilsfront“ (FIS)	34
2.3.2.5 „Islamische Bewaffnete Gruppe“ (GIA) und „Salafitische Gruppe für Predigt und Kampf“ (GSPC)	34
2.3.3 „Hizb ut-Tahrir“	35
2.3.4 „Tabligh-i Jama’at“ („Gemeinschaft für Verkündung und Mission“)	38
2.3.5 „Pasban-e Khatm-e Nabuwwat“ (PKN)	41
2.4 Schiitisch-islamistische Organisationen	41

INHALT	SEITE
2.4.1 „Hizb Allah“ („Partei Gottes“)	42
3. Türkische Organisationen	44
3.1 Übersicht der beobachteten türkischen Gruppierungen	44
3.2 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)	45
3.3 „Der Kalifatsstaat“, auch „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.“ (ICCB)	50
3.4 „Front der Kämpfer für den Islamischen Großen Osten“ (IBDA-C)	53
3.5 Nutznießer der islamischen Bewegung: Der türkische Rechtsextremismus	56
4. Iranische Organisationen	57
Die Opposition gegen die Islamische Republik Iran	57
5. Konvertiten - Deutsche Neu-Muslime	60
Murabitun	61
6. Weiterführende Literatur	62

1. Einführung

Die menschenverachtenden Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington versetzten vor allem die Bevölkerung der westlichen Welt in Angst und Schrecken vor dem Terror, den islamistische Organisationen durch gezielte Selbstmordaktionen bis heute verbreiten. Was mit den Attentaten auf die Türme des World-Trade-Center in New York wie ein Auftakt und Angriff mit Symbolcharakter auf „westliche“, demokratische Systeme begann, fand in einer weltweiten Serie blutiger Anschläge mit inzwischen mehreren tausend Toten und Verletzten seine Fortsetzung¹ und erzwingt neben der Bekämpfung terroristischer Strukturen auch eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Ideologien des Islamismus, die diese Taten motivieren.

Durch Schlagzeilen in den Medien, wonach „der Islam“ in seiner Gesamtheit die Weltherrschaft beanspruche und die westlich-säkulare Zivilisation bedrohe, wird diesem eine Einheitlichkeit zugeschrieben, die ihn allenfalls in seiner historischen Frühzeit zutreffend zu charakterisieren vermag. In der Praxis zeigt sich heute eine Vielfalt von religiösen Erscheinungsformen des Islam, der in rund 55 Ländern das tägliche Leben, die Traditionen und zum Teil auch das Rechtsleben bestimmt.

In Deutschland beträgt der Bevölkerungsanteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung ungefähr 4%. Von den bundesweit rund 3,2 Millionen Muslimen bildet die Gemeinschaft der Zuwanderer türkischer Herkunft mit rund 2 Millionen die Mehrheit; der Anteil der Araber, Iraner oder anderer Nationalitäten ist wesentlich geringer. Genaue Angaben über die Verteilung der Religionszugehörigkeit auf die einzelnen Volksgruppen sind den offiziellen Statistiken allerdings nicht zu entnehmen. Die Zahl der in Baden-Württemberg lebenden Muslime wird auf rund 600.000 Personen geschätzt.

Wie bereits in den Vorjahren stellen die islamistischen Gruppierungen bundesweit mit rund 31.000 Personen von insgesamt 57.500 Anhängern aller extremistischen Ausländerorganisationen das größte extremistische Potenzial dar. In Baden-Württemberg stagniert das Gesamtpotenzial von Anhängern ausländerextremistischer Gruppierungen auf hohem Niveau (2005: 8.430, 2004: 8.510, 2003: 8.575, 2002: 8.685, 2001: 8.790). Insgesamt gehören etwa ein bis zwei Prozent aller Muslime in Deutschland islamistischen Organisationen an.

¹ Vgl. die Auflistung der Anschläge auf S. 23ff.

Wie die Religion des Islam selbst, so ist auch der Islamismus ein zutiefst heterogenes Phänomen, das zwar gemeinsame Elemente und Ziele aufweist, die allen islamistischen Strömungen gemeinsam sind, jedoch nicht notwendigerweise gewaltsame Formen annehmen muss.² Gemeinsam ist allen islamistischen Strömungen der universelle und unteilbare Geltungsanspruch, der Rückgriff auf als authentisch betrachtete Quellen sowie die Vision eines in der Vergangenheit einmal da gewesenen Idealzustands, der sich maßgeblich an der überlieferten Glaubenspraxis des Propheten Muhammad und der frühen Muslime orientiert. Um trotz dieser Gemeinsamkeiten der Komplexität aktueller islamistischer Tendenzen, die durchaus miteinander im Widerstreit liegen, gerecht zu werden und um deren unterschiedliche Methodik zur Implementierung und Durchsetzung ihrer Ziele auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu können, definieren wir den Begriff „Islamismus“ im weitesten Sinne als **„die aktive Befürwortung und Durchsetzung von Glaubensinhalten, Vorschriften, Gesetzen oder Politikinhalten, die als islamisch betrachtet werden“**.³

Aufgrund der Tatsache, dass Islamisten unterschiedlich organisiert sind und bei der Umsetzung ihrer Ziele verschiedene Ansätze verfolgen, lassen sich auch unterschiedliche Formen des Islamismus konstatieren. Es gibt islamistische Gruppierungen wie beispielsweise die „Muslimbruderschaft“ (MB), deren Priorität im Bereich des politischen Aktivismus liegt. Ihr Hauptziel ist die Erlangung der politischen Macht, wobei sie sich als politische Parteien konstituieren und der Gewalt als Mittel der Politik öffentlich abschwören. Sie bewegen sich dabei im vorgegebenen verfassungsrechtlichen Rahmen des jeweiligen politischen Systems, wobei das Aktionsfeld solcher Organisationen in der Regel auf die nationalstaatliche Ebene beschränkt bleibt (**Politischer Islamismus**).

Des Weiteren gibt es eine Erscheinungsform des Islamismus, dessen zentrales Tätigkeitsfeld die Konvertierung durch Mission (Da'wa) sowohl Andersgläubiger (Christen, Juden, Atheisten) als auch säkular orientierter Muslime zu einem als authentisch betrachteten Islam darstellt (**Missionarischer Islamismus**). Die Ergreifung der politischen Macht ist hierbei nicht das primäre Ziel. Vielmehr geht es um den Erhalt der muslimischen Identität und um die Verbreitung des islamischen Glaubens, wobei in einem dualistischen Weltbild, das zwischen gut (islamisch) und schlecht (unislamisch) unterscheidet, dem so genannten Unglauben (Kufr) eine als höherwertig betrachtete islamische moralische Ord-

nung gegenübergestellt wird. Die hoch strukturierte „Tabligh-i“-Bewegung⁴ lässt sich beispielsweise diesem Islamismustyp zuordnen.

Organisationen eines dritten Typs des Islamismus schließlich betrachten den bewaffneten Kampf (Djihad) als die einzige Möglichkeit, islamistische Ziele in die Tat umzusetzen (**Djihadistischer Islamismus**). Der Kampf wird zum einen gegen die Herrscher und Regierungen der islamischen Welt geführt, die als „ungläubig“ und „apostatisch“ (vom Glauben abgefallen) betrachtet werden, da nach Ansicht der Djihadisten diese Regierungen als „Handlanger“ des Westens gegen die Bestimmungen des Islam und gegen die Interessen der Muslime fungieren. Der Kampf wird hierbei gegen die jeweiligen Nationalstaaten geführt, die durch einen transnational übergreifenden islamischen Gottesstaat ersetzt werden sollen, in dem ausschließlich das islamische Gesetz (Scharia) Anwendung findet (**Interner Djihadismus**). Die „Islamische Bewaffnete Gruppe“ in Algerien ist ein klassischer Vertreter dieser Form des Islamismus.

Zum anderen wird ein weltweiter Kampf gegen den Westen und seine Verbündeten, insbesondere die USA und Israel, geführt. Terroristische Organisationen und Netzwerke wie die „al-Qaida“ erklären bei dieser Form des Islamismus oppositionelle und anders denkende Muslime zu „Ungläubigen“ (Takfir) und machen sie somit gemäß ihrer Interpretation des Islam zu legitimen Zielen, die mittels des Djihad bekämpft werden dürfen (**Globaler Djihadismus**). In einigen Fällen ist der bewaffnete Kampf regional beschränkt und zielt im Wesentlichen darauf ab, Gebiete, die als dem islamischen Kulturkreis zugehörig betrachtet werden, von „nicht islamischer“ Herrschaft zu befreien, so dass diese wieder „islamisch“ regiert werden (**Irredentistischer Djihadismus**). Derartige Tendenzen lassen sich bei islamistischen Gruppierungen in Palästina (HAMAS, „al-Djihad al-Islami“), Kaschmir („Lasschkar-e Taiba“, „Hizb-ul-Mudschahedin“) und auch in Tschetschenien beobachten.

Aufgrund von Vorfällen, die insbesondere aus dem Umfeld muslimischer Migranten in Europa bekannt wurden, sind so genannte Ehrenmorde ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Damit wird eine vorsätzliche Tötung bezeichnet, durch die die beschädigte Ehre des Täters beziehungsweise einer Gruppe wiederhergestellt werden soll. Gemäß dem Wertesystem traditioneller patriarchalischer Gesellschaften hängt die „Ehre“ der Männer maßgeblich vom normgerechten Wohlergehen der weiblichen Familienangehörigen ab. Verletzungen dieser „Ehre“, deren Folge soziale Ächtung wäre, werden aufgrund der sozialen Strukturen in den betroffenen Ländern vom sozialen Umfeld mit äußerster Härte sanktioniert. Im Nahen Osten sind „Ehrenmorde“ ein Phänomen vor-

² Vgl. J. Kandel, Grundlagen des Islamismus, S.1-5, Friedrich-Ebert-Stiftung, politische Akademie, Referat Berliner Akademiegespräche/interkultureller Dialog, September 2004.

³ Diese Definition ebenso wie die nachfolgende Kategorisierung der unterschiedlichen Formen des Islamismus erfolgt in weiten Teilen in Anlehnung an die International Crisis Group, vgl. International Crisis Group, Understanding Islamism, Middle East/North Africa Report N°37, 2 March 2005.

⁴ Vgl. Ziff. 2.3.4 S. 38ff.

wiegend traditioneller ländlicher Strukturen, während sie in den westlichen Industriegesellschaften eher in Großstädten und Ballungszentren mit hohem Anteil an Zuwanderern aus diesem geographischen Raum beobachtet wurden.

„Abfall vom Islam“ wird gemäß der Scharia mit der Todesstrafe geahndet. Dieses „Vergehen“ kommt nicht immer vor Gericht; der Konvertit, der eine andere Religion angenommen hat, sieht sich jedoch in der Praxis häufig einer Verfolgung durch die Gesellschaft, teilweise auch durch die eigene Familie ausgesetzt. Ferner hat die Konversion weitgehende zivilrechtliche Konsequenzen zur Folge. So büßt der Glaubensabtrünnige seine Erbensprüche ein, eine eventuell bestehende Ehe wird annulliert, das Sorgerecht für die Kinder wird entzogen, oft einhergehend mit einem Arbeitsplatzverlust.

Eine Beleidigung und Verunglimpfung des Propheten Muhammad wird gleichsam als Apostasie gewertet. Anfang des Jahres 2006 kam es aufgrund einer vorausgegangenen Veröffentlichung von 12 Muhammad-Karikaturen in einer dänischen Zeitung zu gewalttätigen Protesten gegen dänische und weitere europäische, auch deutsche Einrichtungen in zahlreichen islamischen Ländern. Wie später bekannt wurde, waren diese Reaktionen durch die Reise einer Delegation von Muslimen aus Dänemark durch verschiedene arabische Länder gezielt geschürt worden, indem die Gruppe versuchte, die dänische Gesellschaft insgesamt als islamfeindlich zu brandmarken. Die Folge war, dass Muslime weltweit dazu aufgerufen wurden, gegen die Verhöhnung und Beleidigung ihres Propheten zu protestieren. Die Ereignisse lösten weltweit heftige Diskussionen um Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit aus.

Nur eine Minderheit der Muslime in Deutschland hat sich in islamistischen Organisationen zusammengeschlossen. Islamisten bilden hier wie in ihrer Heimat selbst nur einen kleinen, nicht selten aber einflussreichen Teil der Muslime. Sie stellen trotz ihres Anspruchs, den „wahren Islam“ oder dessen „richtige“ Interpretation für das Diesseits und Jenseits zu vertreten, nur eine Bewegung unter mehreren dar.

Vielfach erklären die Mitglieder islamistischer Organisationen auch ihre angebliche Bereitschaft zur Integration in die deutsche Gesellschaft. Sie machen dieses „Entgegenkommen“ jedoch davon abhängig, dass sie die islamische Religion uneingeschränkt ausüben können. Dabei erheben sie den Anspruch, die von ihnen definierte Form der islamischen Religion und Kultur als ausschließlich identitätsprägendes Element zu fördern. Ihre sehr enge Auffassung des Korans, des von Gott unmittelbar verkündeten Wortes, als wichtigste gesellschaftliche und politische Lebensanweisung für den Alltag birgt die Gefahr der Schaffung einer Parallelgesellschaft. Dieses Koranverständnis fördert die Abkapselung

innerhalb einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft. Durch ein alle Lebensbereiche umfassendes Angebot an Einrichtungen religiöser, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Art versuchen islamistische Organisationen, muslimische Zuwanderer in ihre Strukturen einzubinden und zu beeinflussen. Diese „islamistische Gesellschaft im Kleinform“, wie sie von einigen Organisationen in Deutschland bereits propagiert und praktiziert wird, beansprucht zwar alle Rechte, fordert aber von ihren Mitgliedern, sich den zum Teil undemokratischen Zielen ihrer Organisationen unterzuordnen. Weiter geht sie von einem allgemein für alle Menschen gültigen Wahrheitsanspruch aus, der wesentliche Grundsätze unserer Verfassung außer Kraft setzt.

Der Kontakt zur nichtmuslimischen Öffentlichkeit wird oft nur dann gesucht, wenn es der Darstellung von Dialogbereitschaft und Toleranz gegenüber Nichtmuslimen dient. Allerdings leidet ein solcher „Dialog“ an dem Umstand, dass die Adressaten dieser Öffentlichkeitsarbeit einen anderen Begriff vom Wesen des Dialogs haben. Zudem kennen diese nicht die Literatur von Islamisten über das Verhältnis von Islam, Christentum und Judentum, in der zumeist in aggressiver Form die eigene Glaubenslehre gerechtfertigt wird.

Diese Broschüre soll einen Überblick über die in Deutschland aktiven islamistischen Organisationen vermitteln, deren Ideologie und Aktionen Anlass für eine Beobachtung durch die Behörden für Verfassungsschutz geben. Diese haben unter anderem den Auftrag, Informationen über *„Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind“*, zu sammeln. Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu ausgeführt:

„Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrheitsprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“⁶

⁵ § 3 Abs. 2 Ziff. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg (Landesverfassungsschutzgesetz; LVSG).

⁶ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 2. Band, herausgegeben von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen 1953 (1 BvB 1/51).

Außerdem beobachtet der Verfassungsschutz auch Gruppen und Organisationen, die „...im Geltungsbereich des Grundgesetzes... durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden...“⁷

Unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen also ausschließlich politische Organisationen, deren Ideologie und Aktionen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Für eine Abgrenzung zwischen Islam und Islamismus im Rahmen des Verfassungsschutzes bedeutet dies, dass nicht die Religion „Islam“ an sich und ihre Anhänger pauschal beobachtet werden. Vielmehr sind davon nur solche Gruppierungen betroffen, die zum Beispiel mittels religiöser Schriften eine politische Doktrin entwerfen, die sich aufgrund ihres Universal- und Absolutheitsanspruchs nicht mit den im Grundgesetz vertretenen Werten vereinbaren lässt. Es ist demnach weder der Bau einer Moschee noch das Lesen des Korans, was die freiheitliche demokratische Grundordnung in Gefahr bringt, sondern vielmehr der Aufruf zum Umsturz des bestehenden politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Das war in besonderem Maße beim „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.“ (ICCB) der Fall, der parallel zum bestehenden politischen System einen eigenen Staat, den so genannten Kalifatsstaat, ausgerufen hatte, dessen letzte rechtliche Instanz die Scharia (das islamische Recht) gewesen ist. Hier konnte eine konkrete Bedrohung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung festgestellt und daraufhin ein Verbot des Vereins verfügt werden.⁸ Um welche weiteren extremistischen Organisationen es sich handelt und welche Ziele sie verfolgen, soll diese Broschüre vermitteln.

2. Arabische und multinationale Organisationen

2.1 Das Spektrum arabisch-islamistischer Organisationen

Die hier in Deutschland seit mehreren Jahrzehnten lebenden Araber (etwa 280.000 Personen⁹) gehören den verschiedensten Gesellschaftsschichten an. Neben Arbeitern findet sich ein nicht unerheblicher Teil innerhalb der Studentenschaft und unter Akademikern wie Ärzten und Ingenieuren. Vertreter aller sozialen Schichten bildeten im Lauf der Zeit Anlaufstellen für Gleichgesinnte, die aus politischen Gründen in die Bundesrepublik Deutschland flüchteten. So war hierzulande die Basis geschaffen, die es Islamisten ermöglichte,

sich in Zirkeln zu organisieren und ihre Aktivitäten zu entfalten, die für den flüchtigen Beobachter ausschließlich religiöse Belange zu betreffen scheinen. Diese Kreise gaben sich gegenüber der neuen fremden Umgebung von Beginn an eher zurückhaltend und schotteten sich geradezu ab.

Für viele arabische Muslime wurde die Religion ein wichtiger Bestandteil ihrer Identität. Waren sie politisch interessiert, so richtete sich ihr Blick vor allem auf die politischen Zustände in den Heimatländern. Islamistische Organisationen förderten und verstärkten dabei den häufig engen Blickwinkel und entsprechende Ressentiments.

Die bekannten Konflikte in Palästina, die undemokratischen Regierungen in den verschiedenen arabischen Staaten, Konflikte in der islamischen Welt wie etwa in Kaschmir, Bosnien-Herzegowina und Tschetschenien werden instrumentalisiert, um antisemitische oder anti-jüdische Feindbilder zu pflegen. Die meisten islamistischen Organisationen haben „die Juden“ als Hauptfeind der Muslime und Ursache zahlloser Ungerechtigkeiten ausgemacht. Neben der jeweiligen Heimatregierung gelten daher vor allem „die Juden“ als „Feinde Allahs“. So ist es kein Zufall, wenn in Islamistenkreisen Schriften kursieren, die sich entweder auf das antisemitische Pamphlet der „Protokolle der Weisen von Zion“¹⁰ beziehen oder gar arabische Übersetzungen derselben sind. Ebenso wichtig sind aber auch Koranverse, die für die Diffamierung der Juden und ihrer Religion missbraucht werden.



Unten: Arabische Ausgabe, 1994 in Ägypten veröffentlicht

Zum Szenario der „dem Islam“ feindlich gesinnten Kräfte gehört auch „der Westen“ - als hauptsächliche Stellvertreter werden die USA und ehemalige Kolonialmächte wie England und Frankreich genannt. Gegenüber diesen Staaten wird meist der Vorwurf der Tolerierung „des Kampfs der Juden“ gegen den Islam erhoben. Darüber hinaus wird „der Westen“ auch für die „Spaltung der Länder der Araber und Muslime“ und den damit angeblich verbundenen sittlichen Verfall in der islamischen Welt einschließlich deren Wertvorstellungen verantwortlich gemacht. Die Arbeit internationaler Gremien, an erster Stelle die

⁷ § 3 Abs. 2 Ziff. 3 LVSG.

⁸ Zum Verbot des ICCB im Einzelnen siehe S. 50ff.

⁹ Vgl. Ausländer in Deutschland 2/2001, 17. Jahrgang vom 30. Juni 2001.

¹⁰ Bei den „Protokollen der Weisen von Zion“ handelt es sich um ein Schriftstück russischer Herkunft aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg. In mehreren Gerichtsverfahren wurden die Protokolle als eine Fälschung erkannt, die angeblich die „Machenschaften der Juden“ offen legen sollte. In Deutschland fanden sie in völkischen Kreisen nach 1919 eine weite Verbreitung. Adolf Hitler zitierte sie in „Mein Kampf“ zustimmend und als Beweis für seine rassistischen Anschauungen über jeglichen Ausdruck jüdischen Lebens.

der Vereinten Nationen (UNO), wird als irrelevant abgetan, wobei insbesondere nach dem Eingreifen der Koalitionstruppen im Irak 2003 der Vorwurf gegen die UNO erhoben wird, mit zweierlei Maß zu messen.

In islamistischen Kreisen wird die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele nicht konsequent abgelehnt. Das Spektrum reicht hier von extrem gewaltbereiten Gruppierungen bis hin zu Organisationen, die bereit sind, sich demokratischen Gepflogenheiten zu beugen. Gewalt gegen die „Unterdrücker“ des Islam wird aus diesem Grund als gerechtfertigt angesehen. Dem „Westen“, der meist undifferenziert als einheitlicher Block beschrieben wird, werfen arabische Islamisten vor, dass er sich bei der Bekämpfung der „islamischen Bewegung“ in den jeweiligen Ländern (zum Beispiel Afghanistan, Israel, Irak und Ägypten) nicht unparteiisch verhalte, sondern auch noch deren Gegner unterstütze. Dieser Vorwurf korrespondiert mit der Forderung vieler Islamisten, dass sich der Westen aus den Angelegenheiten der Muslime heraushalten solle.

Auch in baden-württembergischen Städten wie **Stuttgart, Mannheim, Ulm, Heilbronn, Freiburg und Konstanz** sind islamistische Organisationen aktiv. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind von der nationalen Herkunft, der konfessionellen Zuordnung und in jüngster Zeit auch von den unterschiedlichen Reaktionen der deutschen Gesellschaft auf das Sichtbarwerden „islamischer“ Verhaltensweisen abhängig. Die Konzentration auf die Verhältnisse in den Herkunftsländern ist ebenso unübersehbar wie der Wunsch nach einem dortigen islamistisch geprägten politischen „Systemwechsel“. Manche Islamisten träumen auch von der Weltherrschaft des politischen Islam. Als erster Schritt dorthin wird von den verschiedenen Gruppierungen die Absetzung der jeweiligen Heimatregierung gefordert, der Islamisten häufig eine Vernachlässigung islamischer Bestimmungen vorwerfen.

Der schnelle politische und wirtschaftliche Wandel in den arabischen Staaten hat bei vielen Anhängern des Islamismus ein Gefühl der Unsicherheit, ja sogar Ohnmacht, hervorgerufen. Als Quelle dieser Veränderungen wird meist der so genannte Westen ausgemacht, der „Ideologien“ (Demokratie und Kapitalismus) vertritt und diese der islamischen Welt oktroyiert. Als universales Gegenmittel und Lösungsmodell greifen Islamisten auf die Religion zurück, die damit für politische Zwecke instrumentalisiert wird. Entsprechend der beiden Hauptströmungen, die sich innerhalb der muslimischen Gemeinde herausgebildet haben, nämlich den Sunniten und den Schiiten, sind auch islamistische Gruppierungen zumeist konfessionell entweder schiitisch oder sunnitisch zuzuordnen.

2.2 Übersicht der beobachteten arabischen Organisationen¹¹

□ „Muslimbruderschaft“ (MB)

Gründung: 1928
Sitz: international aktiv
Mitglieder: zirka 190 in Baden-Württemberg (Stand: 2005)
zirka 1.300 im Bund (Stand: 2005)

□ „HAMAS („Bewegung des islamischen Widerstands“) und „Islamischer Bund Palästina e.V.“ (IBP)

Gründung: 1981
Sitz: Darmstadt
Mitglieder: zirka 15 in Baden-Württemberg (Stand: 2005)
zirka 300 im Bund (Stand: 2005)

□ „Al-Djamaa al-Islamiya“ („Islamische Gruppe“)

Gründung: Mitte/Ende der 70er Jahre
Sitz: Ägypten
Mitglieder: in Baden-Württemberg wie im Bundesgebiet nur Einzelmitglieder (Stand: 2005)

□ „An-Nahda“ („Bewegung der Erneuerung“)

Gründung: nicht bekannt
Sitz: wird wegen des Verbots in Tunesien seit 1991 aus dem britischen Exil geleitet
Mitglieder: in Baden-Württemberg wie im Bundesgebiet nur Einzelmitglieder (Stand: 2005)

□ „Islamische Heilsfront“ (FIS)

Gründung: 1989
Sitz: Algerien, mit Auslandsvertretungen unter anderem im Bundesgebiet
Mitglieder: zirka 40 in Baden-Württemberg (Stand: 2005)
zirka 250 im Bund (Stand: 2005)

Die FIS verfügt darüber hinaus über einen militärischen Arm mit der Bezeichnung „Islamische Armee der Errettung“ (AIS).

¹¹ In dieser Übersicht sind nicht alle nachfolgend im Text erwähnten Organisationen aufgeführt. Die Auflistung beschränkt sich auf die Organisationen, bei denen insbesondere zur Gründung und zur Mitgliederzahl verlässliche Daten vorhanden sind.

□ „Islamische Bewaffnete Gruppe“ (GIA) und „Salafitische Gruppe für Predigt und Kampf“ (GSPC)

Gründung: 1992, nach dem Verbot der „Islamischen Heilsfront“ (FIS) in Algerien

Sitz: Algerien; ihre Anhänger sind in ein europaweites Netz eingebunden

Mitglieder: nur Einzelmitglieder in Baden-Württemberg (Stand: 2005)
etwa 50 Mitglieder im Bund (Stand: 2005)

□ „Hizb Allah“ („Partei Gottes“)

Gründung: 1982

Sitz: Beirut/Libanon

Mitglieder: zirka 90 in Baden-Württemberg (Stand: 2005)
zirka 900 im Bund (Stand: 2005)

Die „Hizb Allah“ verfügt darüber hinaus über einen militärischen Arm mit der Bezeichnung „al-Muqawama al-Islamiya“ („Islamischer Widerstand“).

2.3 Sunnitisch-islamistische Organisationen

Von den zirka 1,2 Milliarden Muslimen weltweit bekennt sich mit etwa 850 Millionen die deutliche Mehrheit zur Hauptströmung des sunnitischen Islam. Unter den anderen muslimischen Bekenntnissen ist zuerst der schiitische Islam mit zirka 200 Millionen Gläubigen zu nennen. Bis auf wenige Länder wie dem Irak, dem Iran und dem Libanon dominieren sunnitische Muslime (Sunniten) weltweit das Erscheinungsbild des Islam. Der Begriff ist ethnisch keineswegs auf den arabischen Kulturraum zu begrenzen. Der sunnitische Islam ist für den Glauben zahlreicher weiterer Völker prägend, so zum Beispiel für die Turkvölker Zentralasiens, für die Vielvölkerstaaten Pakistan und Afghanistan, aber auch für religiöse Minderheiten in zahlreichen Staaten Südasiens. Bis zum Niedergang des Osmanischen Reiches 1918 in der Folge des Ersten Weltkriegs und der Abschaffung des Kalifats 1924 in der Türkei stellte der sunnitische Islam den geistigen Führer der Muslime.

Der Islamismus sunnitischer Prägung, verstanden als politische Ideologisierung von Glaubensinhalten, wird gegenwärtig von den transnationalen Mudjahidin, der Bewegung der „Muslimbruderschaft“ und den saudisch dominierten wahhabitisch-salafitischen Strömungen bestimmt.

2.3.1 Der transnationale islamistische Terrorismus (Dжихадismus)

Verfolgte die sich international rekrutierende Mudjahidin-Bewegung der 80er Jahre noch klar umrissene politisch-militärische Ziele wie den Abzug der

Sowjetarmee aus Afghanistan, globalisierte sie sich in den 90er Jahren. Als Ausgangspunkt dieses Strategiewechsels hin zum transnationalen islamistischen Terrorismus kann die Präsenz von US-Militär im Zuge des Kuwait-Konflikts 1991 in Saudi-Arabien, dem Hort der „Heiligen Städte Mekka und Medina“, angesehen werden. Die Ideologie islamistischer Kreise sah darin den Beginn des „Kreuzzugs“ mit dem Ziel, die islamische Welt politisch, wirtschaftlich und moralisch zu unterwerfen.

Im Jahr 2003 ist eine Entwicklung eingetreten, die erneut als Strategiewechsel, nun unter dem Slogan „al-Qaida is coming home“ („al-Qaida kommt nach Hause“), verstanden werden kann. Als Ausweichreaktion auf den weltweiten Verfolgungsdruck haben zahlreiche Mudjahidin die Länder verlassen, in denen sie einst ausgebildet wurden und gekämpft hatten. Sie sind in andere Staaten ausgewichen, vorzugsweise in ihre Herkunftsländer. Diese „Dezentralisierung“ von islamistischen Terroristen - seien sie nun Angehörige der „al-Qaida“ oder der „non-aligned Mudjahidin“¹² - scheint die Durchführung schwerer Anschläge begünstigt zu haben. Die „heimgekehrten Mudjahidin“ bildeten unter Rückgriff auf vorhandene Rekrutierungsstrukturen den Ausgangspunkt neuer islamistisch-terroristischer Zellen oder wurden zum Anziehungspunkt bislang nur national ausgerichteter Gruppen. Auffallend ist dabei die Dominanz ideologischer Strömungen, die ihren Ursprung im Islam salafitischer Prägung haben. Der extreme Hang zur Gewalt als Mittel zum Erreichen der gesetzten Ziele ist hierbei größtenteils den Werken eines maßgeblichen Theoretikers des modernen Islamismus, Sayyid QUTB (1906-1966)¹³, entnommen. Für islamistische Terroristen wurde daneben der Wahhabismus, eine sehr puristische Auslegung des Islam, die sich in Saudi-Arabien als Staatsreligion etabliert hat, eine weitere Quelle der Inspiration. Die Ausstrahlung dieser Ideen blieb für die Herkunftsländer der Mudjahidin nicht ohne Folge. Aus Sicht der Mudjahidin galten diese fortan als „Regime der Ungläubigen“.



QUTB-Schrift mit Logo des „Schurats der Mudjahidin im Irak“

In der Folge kam es beispielsweise in Ägypten zu den schwersten Anschlägen seit über zehn Jahren. Bereits am 7. Oktober 2004 waren israelische Touristen Opfer einer Anschlagsserie auf der Sinai-Halbinsel geworden. Dabei starben 34 Menschen. Im April 2005 wurden Touristen Opfer weiterer Anschläge in Kairo und in der Nacht vom 23. auf den 24. Juli wurden im bekannten Badeort Scharm el-Scheich durch drei Autobomben über 80 Menschen in den Tod geris-

¹² „Ungebundene“ Mudjahidin, die sich keiner bestimmten islamistischen Gruppe angeschlossen haben.

¹³ Siehe auch S. 27, Fußnote 24.

sen. In den Bekennerschreiben wurde immer wieder auf das ägyptische „Regime“ Bezug genommen, das mit den „Ungläubigen“ kooperiere und vom Islam abgefallen sei.

Nach den schrecklichen Anschlägen am 11. März 2004 in Madrid folgten weitere Blutaten militanter Islamisten in Europa. Den vorläufigen Höhepunkt bildete eine Serie von Anschlägen in der britischen Hauptstadt London. Am Morgen des 7. Juli 2005 sowie am Nachmittag des 21. Juli kam es zu Bombenexplosionen in der Londoner U-Bahn. Bei den vier beinahe zeitgleichen Selbstmordanschlägen des 7. Juli starben 56 Menschen und hunderte wurden verletzt. Die vier Attentäter hatten sich die Ideologie der „al-Qaida“ zu Eigen gemacht, ohne dass bislang engere Verbindungen zur Spitze der Organisation nachgewiesen werden konnten.



Abu Musab az-ZARQAWI

Nach dem offiziellen Ende des Kriegs im Irak im Mai 2003 begann sich dort ein gegen die Besatzungsmächte und damit in erster Linie gegen die USA und Großbritannien gerichteter Widerstand zu etablieren. Zum größten Teil ist dieser bewaffnete Kampf islamistisch hoch motiviert und wurde an erster Stelle von dem am 7. Juni 2006 gezielt getöteten Terroristen Abu Musab az-ZARQAWI angeführt. Vor allem durch die

gezielte Nutzung des Internets für die Propaganda des „al-Qaida“-Ablegers, die Organisation „Qaida des Dihad im Zweistromland“, werden zum einen zahlreiche neue Kämpfer aus den benachbarten arabischen Ländern und auch aus Europa rekrutiert und zum anderen wird die Ideologie der „al-Qaida“ weltweit verbreitet. Dies führt zu einer bislang unabsehbaren Zunahme der Anzahl von Anhängern. Dieser Entwicklung wird auch dadurch Rechnung getragen, dass sich im Januar 2006 ein Zusammenschluss aus sechs verschiedenen Dihad-Gruppen im Irak gebildet hat („Schurarat der Mudjahidin im Irak“).

2.3.1.1 „Al-Qaida“ und „non-aligned Mudjahidin“

Als „Mudjahidin“¹⁴ bezeichnet man im engeren Sinn Muslime arabischer Herkunft, die in islamischen Krisengebieten wie Afghanistan, Bosnien, Kaschmir, Tschetschenien und dem Irak auf der Seite ihrer Glaubensbrüder kämpfen oder gekämpft haben. Sie erhielten ihr Militärtraining unter anderem in sudanesischen, pakistanischen oder afghanischen Ausbildungslagern, wo auch eine reli-

¹⁴ Arabische Schreibweise, vgl. S. 57. Mudjahid (Singular), der arabische Plural lautet Mudjahidin, aufgrund sprachlicher Eigenheiten in Afghanistan hat sich daneben der Begriff Mudjahidin eingebürgert, zu Deutsch „Kämpfer für den Glauben“.

giös-ideologische Indoktrinierung stattfindet. Einige Islamisten nehmen an der militärischen Ausbildung teil, ohne unmittelbar in den islamischen Krisengebieten zu kämpfen. Sie kehren nach dem Training wieder in ihre Heimatländer oder in ein Drittland zurück und sind dem Mudjahidin-Netzwerk wie nachfolgend beschrieben auf andere Weise von Nutzen.

Das Kontaktnetz der Mudjahidin erstreckt sich über viele Länder und lebt von den in den Ausbildungslagern geknüpften Verbindungen. Dadurch sind die Mudjahidin in ihren Aktivitäten sehr flexibel: Sie sammeln Spenden für Krisengebiete, transferieren Gelder und helfen einander bei der Bereitstellung von Unterkünften, gefälschten Pässen und bei logistischen Problemen. Zur Zusammenarbeit gehört ebenso die Hilfe bei der Vorbereitung und Ausführung von Terroranschlägen. Ein Charakteristikum des Mudjahidin-Netzwerks ist seine dezentrale zellenartige Struktur mit unabhängigen Gliedern, die ohne eine Einbindung in zentrale Hierarchien arbeiten können. Darin liegt eine der Hauptschwierigkeiten, dieses Terrornetzwerk zu bekämpfen.

Allen Mudjahidin ist die strikte Ablehnung westlicher Werte und der politischen beziehungsweise gesellschaftlichen Grundsätze des Westens gemein. Unter ihnen sind Angehörige ganz unterschiedlicher islamistischer Gruppierungen aus diversen Ländern vertreten. Es gibt zudem Islamisten, die keiner bestimmten Gruppierung zugehören und weitgehend unabhängig voneinander agieren, die so genannten non-aligned, (d.h. „ungebundenen“) Mudjahidin. Dies sind Kleinstgruppen innerhalb des Mudjahidin-Netzwerks. Im Bereich der „non-aligned Mudjahidin“ wurden bereits einige Anschlagpläne aufgedeckt. Neben Angehörigen der „Meliani-Gruppe“ konnten in Europa und in den USA mehrere Mitglieder solcher Zellen verhaftet werden.¹⁵

Eine der finanzstärksten und bedeutendsten islamistischen Gruppierungen ist die Ende der 80er Jahre von Usama BIN LADIN gegründete „al-Qaida“ (arabisch: [Militär-] Basis). BIN LADIN wurde 1957 in Jeddah/Saudi-Arabien als Sohn eines saudischen Bauunternehmers jemenitischer Herkunft geboren. Er unterstützte von 1984 bis 1989 den Kampf der afghanischen Mudjahidin gegen die sowjetische Besatzungsmacht nicht nur finanziell, sondern nahm daran auch als Kommandeur teil. Er kritisiert das saudi-arabische Bündnis mit den USA und rief mehrmals zum Sturz des saudischen Regimes auf. Nach seiner Ausweisung aus Saudi-Arabien im Jahre 1991 lebte er bis 1996 im Sudan, danach nah-

¹⁵ So wird der Algerier Abu DOHA (alias Amar Makhulif) verdächtigt, zur Jahrtausendwende ein Bombenattentat auf den Flughafen von Los Angeles geplant zu haben. Er wurde am 27. Februar 2001 in London festgenommen. Die italienische Anti-Terrorpolizei nimmt an, dass DOHA auch Kontakt zur „al-Qaida“ hatte. Er soll in Verbindung mit dem Algerier Ahmed RESSAM - ebenfalls Mitglied einer „non-aligned Mudjahidin-Zelle“ - gestanden haben. RESSAM wurde im Dezember 1999 von den US-Behörden festgenommen, weil er mit Sprengstoff von Kanada in die USA einreisen wollte.

men ihn die Taliban in Afghanistan auf. „Al-Qaida“ rekrutiert sowohl „non-aligned Mudjahidin“ als auch Angehörige islamistischer Gruppierungen. Unter der Führung von „al-Qaida“ fand 1998 ein Zusammenschluss von einigen extremistischen islamistischen Organisationen zur „Islamischen Front für den Dihad gegen die Juden und die Kreuzritter“ statt.¹⁶ Ziel dieses Bündnisses ist die Bekämpfung der westlichen Regierungen und die Etablierung der „wahren“ islamischen Herrschaftsordnung in den islamischen Staaten. In einem Rechtsgutachten (Fatwa) erklärte BIN LADIN am 23. Februar 1998:

„...das Töten von Amerikanern und deren Verbündeten - von Militärs und Zivilisten - ist eine vorgeschriebene Pflicht eines jeden Moslems, auszuführen in jedem Land, wo es ihm möglich erscheint.“¹⁷

2.3.1.2 Propaganda der „al-Qaida“

Um unter den Muslimen weltweit Gehör zu finden, bedient sich das „al-Qaida“-Netzwerk verschiedener Medien. Neben Ton- und Videobotschaften, die sich über arabische Medienanstalten - allen voran der TV-Sender al-Jazeera¹⁸ - an die Weltöffentlichkeit wenden und massive Drohungen vor allem gegen die westliche Welt richten, bedient sich „al-Qaida“ vornehmlich des Internets, um gezielter für den Dihad¹⁹ zu werben. Auf den zum Teil schwer zu findenden Netzseiten, deren Serverstandorte häufig wechseln, gibt es umfangreiches Schrifttum, das im engeren Zirkel islamistischer Kreise wahrgenommen wird und propagandistisch hoch wirksam ist. Besondere Bedeutung kommt hier den entsprechenden arabischsprachigen Internetforen zu, in denen täglich neues Material eingestellt wird. Damit sollen einerseits neue Kämpfer angeworben werden und andererseits Rechenschaft über die Erfolge der Mudjahidin abgelegt werden. Der neu entstandene „Schurarat der Mudjahidin im Irak“ ist dabei überproportional vertreten.

Besonders auffällig ist die umfangreiche Schrift eines Hafid ABU BUSAIR, die unter dem Titel *„Geistliche Wegleitung der Ratsuchenden zur Freistellung des*

¹⁶ Zur „Islamischen Front für den Dihad gegen die Juden und die Kreuzritter“ gehören unter anderem die „Jamiat-ul-Ulema-e-Pakistan“ („Gemeinschaft der Gelehrten Pakistans“) und die „Harakat al-Jihad al-Islami“ („Bewegung des islamischen Dihad“) aus Bangladesch. Mit dem Begriff „Kreuzritter“ sind US-Amerikaner und deren Verbündete gemeint.

¹⁷ Das Zitat entstammt einer Internetseite über den *„Dihad gegen Juden und Kreuzzügler“*. BIN LADIN hat keine schariatsrechtliche Ausbildung absolviert und ist nach strenger Auslegung nicht befugt, ein islamisches Rechtsgutachten zu erlassen.

¹⁸ Vgl. S. 30, Fußnote 29.

¹⁹ Vgl. S. 31, Fußnote 33.

Blutes der Christen“ (auf der arabischen Halbinsel) in 16 Kapiteln eine religiös-rechtliche Legitimation zur Tötung von Christen enthält, die nach Maßgabe von Koran und Scharia in islamischen Gebieten eigentlich einen Schutzstatus innehaben. Die Schrift zählt literarisch zum Genre gängiger Lehr- und Zuchtschriften und wirkt daher in ihrer Rezeption weit über die übliche zeitgenössische Medienpropaganda hinaus.

Basierend auf Suren des Koran und Aussprüchen des Propheten über die Vortuglichkeit des Dihad sowie im historischen Rückgriff auf Geschehnisse, in denen sich frühe Prophetengenossen im Kampf geopfert haben, beschreibt ABU BUSAIR darin die Umstände, unter denen der Dihad zur individuellen Pflicht der Muslime wird. Er kommt zu dem Schluss, dass die islamische Welt gegenwärtig der gleichen existenziellen Bedrohung gegenüberstehe wie die Gefährten des Propheten zur Frühzeit des Islam (zirka 620 - 650 n. Chr.).

Ausführlich beschreibt der Autor die behauptete amerikanische Verschwörung gegen die islamische Welt, hinter der sich insbesondere Interessen der zionistischen Israelis verbergen würden. Mit Blick auf wirtschaftliche Interessen hätten es die Amerikaner vermocht, zahlreiche Staaten in ihre Strategie zur Auslöschung der muslimischen Welt einzubinden. Daran hätten sich sogar arabische Regime, die von ihm als „Heuchler“ qualifiziert werden, beteiligt, so dass eine Notlage gegeben sei, die auch extreme Mittel rechtfertige, um der Aggression zu widerstehen. ABU BUSAIR kommt zu dem Schluss, dass die Tötung aller Aggressoren - seien es Christen, Juden oder verräterische Muslime - eine unbedingte Pflicht sei.

Das letzte Kapitel enthält ein *„Vermächtnis an die Muslime“*, das Aussagen von BIN LADIN sowie des inoffiziellen Sprechers des „al-Qaida“-Netzwerks Sulaiman ABU GHAITH enthält und sich besonders an junge Muslime richtet, den Dihad zum Lob Gottes anzunehmen.

Eine neuere Form der Propaganda sind jedoch Texte in Reimen oder Prosa, von denen hier einer auszugsweise in Übersetzung vorgestellt wird, der bereits durch seinen Titel auffällt: *„Dein Morgen sei der Tod ... Ungläubiger!“* propagiert einen bedingungslosen Widerstand gegen die militärische Besatzung des islamischen Bodens - aktuell besonders im Irak - und erhebt das Selbstmordattentat zur höchsten Form des religiös gebotenen Opfers:

„Dein Morgen sei der Tod... Ungläubiger

*Für einen Morgen der Bittergurken, die meine
Liebsten schlucken müssen - aus deiner grässli-*

chen Hand! Ein Morgen des Höllenfeuers, das dein Haus verzehrt und deinen Schutz meuchlings mordet! Ein Morgen heißen Blutes, das eure Wege bedeckt und sie in Röte taucht! Ein Morgen der Tränen, Furcht, brennender Sorge! Euer Morgen sei der Tod - Ungläubige!

Wie steht es jetzt um mich? Was ist es, das mich hindert an der Zugehörigkeit zur Karawane? Meine Furcht vor einem Weg, der mir verboten ist? Und wie ist es damit: ...das erhabene Buch Gottes, angefüllt mit dem, was die Märtyrer für Gotteslob vorbereitet. Furcht vor dem Schmerz des Todes? Welch ein Held wäre ein Mudjahid, dass er Angst vor dem Stich des Skorpions hätte?

Giere ich nach dem Leben? Was ist das für ein Leben, nach dem ich giere? Außer Gott ist nichts darin, was mich lockt, zu bleiben. Wie danach das ewige Paradies! Deshalb schreite ich mutig zur Tat, um die Blöße meines Volkes und meiner Brüder zu tilgen, auf dass meine Seele zu meinen Brüdern dringt, denen ich im Eid verpflichtet bin. Ich erfreue sie und bin ihnen teuer, doch lasse ich mir die Mannhaftigkeit nicht teuer sein. Nachdem ich sie erworben habe - mit einer Paradiesjungfrau!“

Der Titel suggeriert bereits die Kernaussage: Die Besatzer und damit allen voran die Amerikaner sollen in Todesangst den Tag beginnen und an jedem Ort um ihr Leben fürchten müssen. Dies gilt auch für alle, die mit den Besatzern kooperieren. Besondere Beachtung verdient die Stelle in der Mitte des Gedichts („Meine Furcht vor einem Weg, der mir verboten ist?“). Diese nimmt Bezug auf das schon im Koran festgeschriebene Verbot für einen Muslim, Selbstmord zu begehen, da der Mensch im Islam nicht Herr über sein Leben sein darf. Der offensichtliche Widerspruch zum Selbstmordattentat wird hier unter Anspielung auf die zahlreichen Koranstellen übergangen, die dem „Märtyrer“, der im Kampf für die Sache Gottes den Tod findet, das Paradies verheißen, wo ihm Jungfrauen ein Leben ohne Mühsal und Not versüßen.

Die Wirkung dieser Propaganda ist auch für Muslime im Ausland nicht zu unterschätzen. Indirekt appelliert der Text an den Einzelnen, sich dem Widerspruch seiner Lebensführung, die in westlichen Ländern von relativem Wohlstand geprägt ist, zur alltäglichen Not der Glaubensbrüder im Orient zu stellen, um zu erkennen, dass nur im Dihad die größtmögliche Erlösung liegt.

Nach wie vor finden sich im Internet zahlreiche propagandistische Reaktionen auf den Krieg gegen den Irak, den Tschetschenienkonflikt und die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Israel. In den letzten Jahren ist eine Professionalisierung und Beschleunigung bei der Herstellung entsprechender Propagandaseiten und ihrer Inhalte zu beobachten. Verschiedene, zum Teil sehr umfangreiche und aufwändig gestaltete Magazine werden regelmäßig als Online-Ausgaben von den verschiedensten Terrorgruppen veröffentlicht, die jeweils eigene „Medienabteilungen“ unterhalten, um einen optimalen Informationsfluss an die Anhängerschaft zu gewährleisten.



Propagandaschrift der „al-Qaida“

Darüber hinaus hat sich eine Art Medienbüro, die „Sahab Media Foundation“, der Verbreitung propagandistischer Videos angenommen. So wurden Videos der Attentäter von Riad, die im Mai und im November 2003 blutige Anschläge durchgeführt hatten, im Internet verbreitet. Zuletzt spielte diese Agentur das Video, das einen der Attentäter vom 7. Juli 2005 in London, Muhammad Siddiq KHAN zeigte, dem arabischen Nachrichtensender al-Jazeera zu. Die Attentäter drohen darin in letzten Botschaften mit der Androhung weiterer Gewaltakte. Viele Botschaften al-ZAWAHIRIs, die 2005 erschienen, wurden ebenfalls über diesen Kanal veröffentlicht.



Muhammad Siddiq KHAN

Die Propaganda bedient ein breites Genre von Deutungsmustern und Verschwörungstheorien, die unter gemäßigten wie gewaltbereiten Islamisten gleichermaßen gängig sind. Darüber hinaus entsprechen sie vielfach politischen Vorstellungen breiter Bevölkerungsschichten im Orient. So wird das militärische Vorgehen der USA als „Neo-Kolonialisierung“ verstanden, die wirtschaftlich und militärisch besonders auch wegen der Ölvorkommen nach Herrschaft über die islamische Welt strebe. Die Regierungen der Region stünden dann vor der Wahl, sich entweder freiwillig zu unterwerfen und die ihnen zugedachte wirtschaftliche Stellung als „Vasallen“ der USA anzunehmen, womit sie allerdings Verrat an ihren Völkern begingen. Oder sie würden andernfalls zunächst militärisch niedergerungen und mit einem Marionettenregime ausgestattet. Eingebettet ist dieser „Neo-Kolonialismus“ in die so genannte zionistische Verschwörung der jüdischen Eliten in den USA und Israel. Deren Ziel sei die Errichtung eines „Großisrael“ vom Nil bis ins Zweistromland und vom Mittelmeer bis zum Persischen Golf, umgeben von Vasallenstaaten, die Israel als „Sicherheitspuffer“ dienten. Die Muslime könnten sich dieses Kriegs nur erwehren, wenn sie geeint im Glauben den Kampf auch gegen die eigenen Regierungen, sofern sich diese als Verräter entpuppen sollten, aufnahmen.

Beispielhaft ist die „Analyse“ des Irak-Kriegs, die sich im Frühjahr 2003 in einem Internet-Magazin mit dem Titel „al-Ansar - Auge in Auge mit dem Kreuzzug“²⁰ zeitweise herunterladen ließ und als Publikationsorgan dem Umfeld des „al-Qaida“-Netzwerks zuzurechnen ist. Zunächst wird konstatiert:

„...nachdem der direkte Kolonialismus einmal mehr zurückgekehrt ist, ist ihnen nun eine andere arabische Hauptstadt [nämlich Bagdad] in die Hände gefallen, so wie vormals schon Jerusalem und Beirut und Kabul (...) und die Region dreht sich weiter im Teufelskreis...“

Als Beleg für einen lange währenden Verrat wird die Kooperation der USA mit dem irakischen Regime zur Zeit des iranisch-irakischen Krieges (1980-1988) angeführt, als es den Amerikanern gelang, das korrupte Baath-Parteisystem zu instrumentalisieren, um eine Expansion der schiitischen Revolution unter Ayatollah Khomeini 1979 über die Grenzen Irans hinaus zu unterbinden. Folgerichtig wurde das irakische Regime, mit amerikanischen Waffen wohl gerüstet, zum Angriff auf Kuwait 1990 „ermuntert“. Dessen Befreiung durch die Alliierten 1991 ermöglichte sodann die Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabi-

en als weiteren Schritt innerhalb der obigen Strategie, seinerzeit mit dem Ziel, das geostrategisch bedeutsame Kuwait zu „unterwerfen“. Der Sturz Saddam HUSSEINs lässt sich ideologisch mühelos in diese Strategie einfügen, dient er doch aus islamistischer Sicht einer unmittelbaren Kontrolle der irakischen Ölvorkommen. Zudem böte sich die Möglichkeit, zukünftig Saudi-Arabien zu „unterwerfen“, sobald es als Militärbasis nicht mehr gebraucht werden sollte.

2.3.1.3 Die Chronologie des Terrors

Für die folgende Auswahl von schweren Terroranschlägen werden islamistisch motivierte Täter oder von „al-Qaida“ inspirierte Täter direkt oder zumindest mittelbar verantwortlich gemacht:

- ❑ 25. Juni 1996 in Dahrhan/Saudi-Arabien: Anschlag auf den Gebäudekomplex Khobar-Towers; 19 Tote.
- ❑ 7. August 1998 in Nairobi/Kenia und Daressalam/Tansania: Anschläge auf US-Botschaften; insgesamt 224 Tote.
- ❑ 2. Oktober 2000 in Aden/Jemen: Anschlag auf US-Kriegsschiff „Cole“; 17 Tote.
- ❑ 11. September 2001: Anschläge auf das New Yorker World Trade Center und das Pentagon in Washington/DC sowie Absturz eines Passagierflugzeugs über Pennsylvania; zirka 3.000 Tote.
- ❑ 11. April 2002 auf Djerba/Tunesien: Anschlag auf die Ghriba-Synagoge; 21 Tote, darunter 14 deutsche Touristen.
- ❑ 12. Oktober 2002 in Kuta auf Bali/Indonesien: Anschläge auf touristische Einrichtungen; zirka 200 Tote.
- ❑ 23. Oktober 2002 in Moskau/Russland: Geiselnahme in einem Musicaltheater; 128 Geiseln sterben am 26. Oktober bei der Befreiung.
- ❑ 29. April 2003 in Tel Aviv/Israel: Selbstmordanschlag auf ein Cafe; 3 Tote, 55 Menschen werden verletzt. Zum ersten Mal reisen Attentäter aus Europa nach Israel.
- ❑ 12. Mai 2003 in Riad/Saudi-Arabien: Drei zeitgleiche Anschläge mit Autobomben; 34 Tote.

²⁰ Mit dem Begriff „Ansar“ (deutsch: „Parteigänger“ beziehungsweise „Anhänger“) werden besonders die bewaffneten Anhänger Muhammads (deutsch auch Mohammed) in der Frühzeit des Islam bezeichnet.

- ❑ 16. Mai 2003 in Casablanca/Marokko: Fünf zeitgleiche Selbstmordanschläge; 43 Tote.
- ❑ 7. Juni 2003 in Kabul/Afghanistan: Selbstmordanschlag auf einen Bus; vier deutsche Soldaten sterben und 29 werden verletzt.
- ❑ 19. August 2003 in Bagdad/Irak: Selbstmordanschlag auf das Hauptquartier der Vereinten Nationen; 24 Tote, unter ihnen der UN-Sonderbeauftragte für den Irak.
- ❑ 29. August 2003 in Najaf/Irak: Bombenanschlag vor der Imam Ali Moschee; 125 Tote, darunter der schiitische Ayatollah Muhammad Bakir al-Hakim.
- ❑ 8. November 2003 in Riad/Saudi-Arabien: Autobombe in einem Wohnviertel; 18 Tote.
- ❑ 12. November 2003 in Nasriya/Irak: Autobombe vor dem Stützpunkt der italienischen Truppen; 28 Tote.
- ❑ 15. November 2003 in Istanbul/Türkei: zeitgleiche Anschläge auf zwei Synagogen; 30 Tote.
- ❑ 20. November 2003 in Istanbul/Türkei: Zeitgleiche Anschläge auf das britische Konsulat und eine britische Bank; 32 Tote.
- ❑ 1. Februar 2004 in Arbil/Irak: Zwei Selbstmordanschläge in den Parteizentralen der „Demokratischen Partei Kurdistans“ (KDP) und der „Patriotischen Union Kurdistans“ (PUK); 105 Tote.
- ❑ 11. März 2004 Madrid/Spanien: Anschläge auf vier Pendlerzüge; 192 Tote und 1500 Verletzte.
- ❑ 11. Mai 2004 Irak: erste Hinrichtung durch Köpfung einer amerikanischen Geisel.
- ❑ 29. Mai 2004 Khobar/Saudi-Arabien: Geiselnahme in einem Wohnkomplex; 22 Tote.
- ❑ 24. August 2004 Russland: Zwei Flugzeuge werden zeitgleich in der Luft gesprengt; 90 Tote.

- ❑ 1. September 2004 Beslan/Nordossetien: Geiselnahme in einer Schule; 344 Tote, Hunderte Verletzte.
- ❑ 2. November 2004 Amsterdam/Niederlande: Der Filmemacher Theo van Gogh wird auf offener Straße ermordet.
- ❑ 7. Juli 2005 London/Großbritannien: Anschlag auf drei U-Bahnzüge und einen Bus; 56 Tote über 1.000 Verletzte.
- ❑ 23. Juli 2005 Scharm el-Scheich/Ägypten: drei Fahrzeuge explodieren; über 80 Tote.
- ❑ 1. Oktober 2005 Bali: Selbstmordanschläge auf Urlauber; 20 Tote, Hundert Verletzte.
- ❑ 13. Oktober 2005 Naltschik/Karbadino-Balkarien: Angriff tschetschenischer Mudjahidin auf die Stadt; über 100 Tote, davon nach offiziellen Angaben allein 91 Angreifer.
- ❑ 9. November 2005 Amman/Jordanien: Selbstmordanschläge auf drei Luxushotels; 57 Tote, Hunderte Verletzte.
- ❑ 24. April 2006 Dahab/Ägypten: Anschläge auf Urlauber; 30 Tote, 150 Verletzte.

Anmerkung: Im Irak und in Afghanistan kommt es beinahe täglich zu mehreren schweren Anschlägen, denen seit dem Ende des Krieges 2003 zehntausende Zivilisten und über 2.500 amerikanische Soldaten zum Opfer gefallen sind.²¹

2.3.1.4 Zur Finanzierung islamistischer Netzwerke²²

Bei der Bekämpfung terroristischer Organisationen und Strukturen kommt dem gezielten Vorgehen gegen deren Finanzierungswege und wirtschaftliche Unterstützernetze eine Schlüsselrolle zu.

Islamistische Netzwerke, allen voran die transnationale „al-Qaida“, nutzen verschiedene, schwer zu kontrollierende Finanzierungswege, die auch im Bereich der organisierten Kriminalität von Bedeutung sind. Neben dem Geldtransfer für operative Zwecke dienen diese besonders der Geldwäsche und der Refi-

²¹ Stand: Mai 2006.

²² Vgl. Schneckener, Netzwerke des Terrors, Berlin 2002, S. 31-35.

finanzierung der Aktivitäten. Im Zuge der Ermittlungen nach dem 11. September 2001 zeigte sich, dass deren Leistungsfähigkeit und durchorganisierte Strukturen die vormals bekannten Muster deutlich übertreffen.

Das inzwischen bekannteste System zum Transfer von Geldern wird „Hawala“ (in Südasien auch „Hundi“) genannt und basiert international auf einem informellen Netzwerk vertrauenswürdiger und legal arbeitender Geschäftsleute. Es beruht auf alten Regeln: Im Gegenzug zum Empfang der zu transferierenden Summe erhält der Auftraggeber ein Codewort, das Auftraggeber und Kunde unabhängig voneinander der begünstigten Person und dem Partneragenten beziehungsweise Gewährsmann übermitteln. Sobald sich der Begünstigte gegenüber dem Partneragenten mit dem Codewort legitimieren kann, wird ihm die Summe ausgehändigt. So kommt der Transfer ohne Bankkonten und „Datenspuren“ aus; der Begünstigte muss seine Identität nicht offenbaren. Das System arbeitet schnell - meist binnen 24 Stunden - und zu günstigen Konditionen (man beachte das Zinsverbot im Islam!). Die Vielzahl der Personen und Transaktionen sowie die sonstigen legalen Geschäfte der Hawala-Agenten sorgen dabei langfristig für ausgeglichene Zahlungsströme.

Dieses primär bargeldorientierte Überweisungssystem entspricht damit den stark bargeldorientierten Abläufen im Wirtschaftsleben zahlreicher Länder nicht nur des muslimisch-orientalischen Kulturraumes. Hinzu kommen die vergleichsweise längeren Zeiten des bankenfernen Bargeldumlaufs, was Nachprüfungen erschwert.

Bei der ebenfalls von Islamisten angewandten „Starbust“-Methode entzieht sich ein Finanzstrom der Kontrolle, indem kleine Beträge von einem Bankkonto in loser Folge auf zahllose andere Konten überwiesen werden, von denen aus sie ihren eigentlichen Bestimmungsort erreichen. Ähnlich arbeitet die „Boomerang“-Methode, bei der Gelder weltweit zahlreiche Banken „passieren“, bevor sie ihr Zielkonto erreichen. Diese Banken befinden sich zumeist in Ländern, in denen die Kontrolle der Finanzströme bestenfalls schwach ausgeprägt ist, was für viele arabische Staaten zutrifft.

Neben Mechanismen zur Verschleierung von kontenbasierten Geldbewegungen dienen andere vornehmlich der Geldwäsche und dem versteckten „Parken“ von Rücklagen. Dabei bewegen sich „schwarze Kassen“ und eine trickreiche Buchführung zumeist in einem nach außen legalen Umfeld, sei es in Steuerparadiesen, Import- und Exportfirmen oder treuhänderischen Briefkastengesellschaften.

Für eine getarnte Finanzierung von Spendensammlungen in Europa sind auch Vereins- und Privatinitiativen der Wohlfahrtspflege bedeutsam. Um Bargeldtransporte zu vermeiden, scheint hier teilweise auch der Handel mit Gebrauchtfahrzeugen als Transfergut genutzt zu werden.

2.3.2 Die „Muslimbruderschaft“ (MB) und ihre nationalen Zweige

Seinen Ursprung hat der sunnitische Islamismus in der Bewegung der „Muslimbruderschaft“ (MB), die 1928 in Ägypten von dem Grundschullehrer Hassan al-BANNA²³ gegründet wurde und bis in die 40er Jahre primär eine streng hierarchische politische Bewegung war. Ihr Ziel bestand in einer „moralischen Reform“ der Gesellschaft auf religiöser Grundlage, die auch Gewalt gegen die britische Protektormacht nicht ausschloss.

Die ideologischen Grundlagen der MB beruhen wesentlich auf einer allein religiös legitimierten Staats- und Gesellschaftsvorstellung, die dem Ideal der Urgemeinde (Umma) zur Frühzeit des Islam gleichkommt und den Koran und die Sunna als Richtschnur für alle Lebensbereiche anwendet. Die MB ist in ihrem Ursprung eine sozialrevolutionäre Bewegung, welche im Gegensatz zu den nationalen Bewegungen pan-islamistisch orientiert ist. Die damaligen nationalen Eliten in Politik und Wirtschaft galten ihnen als korrupt, dekadent und pro-westlich, die Geistlichen im Staatsdienst als religiös unglaubwürdig. Nach der Ermordung von al-BANNA 1949 übernahm der Richter Hasan al-HUDAIBI die Führung der MB in Ägypten. Im Zuge der Machtergreifung der Freien Offiziere spielte der Chefideologe der MB, Sayyid QUTB²⁴, eine herausragende Rolle in der Organisation. Er trug im Wesentlichen durch seine Schriften dazu bei, die Organisation weiter zu radikalisieren. QUTB entwickelte in seinem bekannten



Sayyid QUTB

²³ Der Ägypter Hassan al-BANNA (1906-1949) nahm bereits als Jugendlicher an den antibritischen Revolten 1919 teil. Systematische Bücher von dem Grundschullehrer al-BANNA existieren nicht. Vielmehr verfasste er offene Briefe. Die wichtigsten Punkte seiner Lehre sind: Der Islam ist ein auf sich selbst beruhendes totales System, das auf dem Koran und der Sunna (= die als maßgebende Richtschnur für Muslime dienenden Überlieferungen aus dem Leben des Propheten Muhammad, insbesondere seine Aussprüche und Handlungen) basiert. Es ist zu jeder Zeit und an jedem Ort anwendbar. „Die Ordnung des Islam“ ist auf keine bestimmte Staatsform festgelegt.

²⁴ Sayyid QUTB (1906-1966) war eines der führenden Mitglieder der „Muslimbrüder“ und galt als der Reformdenker mit dem größten Einfluss. Er nahm an, dass die Welt der Muslime nach den vier ersten Kalifen wieder in die „Unwissenheit“ („*djahiliya*“) zurückgefallen war. Die Zeit vor dem Islam wird allgemein von Muslimen als „Zeit der Unwissenheit“ bezeichnet. Unwissend und gottlos waren für ihn zum Teil auch die Herrscher in islamischen Ländern. Die Anhänger QUTBs begreifen allerdings seinen Aufruf zum Kampf gegen die ungerechten Herrscher unterschiedlich: Die Mehrheit baut Schulen, sorgt für Bildung und beteiligt sich an nationalen Wahlen. Eine Minderheit ist aber auch bereit, mit Gewalttaten und Terror die Umstände zu verändern. Radikalisierte Gruppierungen lesen QUTB daher als Anweisung zur Gewalt. Sein Hauptwerk „Meilensteine“ wurde auch von den Attentätern des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat (gestorben 1981) gelesen.

Korankommentar „In den Schatten des Korans“ und in seinem einflussreichsten Werk „Meilensteine“ das Konzept von der Neo-Djahiliya²⁵ und der Exkommunizierung aller Muslime (Takfir)²⁶.

Die Gewalttaten der MB in Ägypten, der Verfolgungsdruck der Behörden und die Inhaftierung vieler Mitglieder führten seit den 1950er Jahren zu einer Internationalisierung der Bewegung im arabischen Raum, in deren Folge sich zahlreiche nationale Ableger ausformten, die sich nun ihrerseits gegen die eigenen politischen Systeme richteten. Dabei war und ist der Kampf um die politische Herrschaft überwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, gewaltorientiert: In Jordanien nämlich konnten die „Muslimbrüder“ unter König Hussein in den 90er Jahren Parlamentssitze einnehmen, und der algerische Ableger der Bewegung, die „Islamische Heilsfront“ (FIS), stand 1992 vor einem Wahlsieg, den die algerische Armee allerdings vereitelte. Zahlreiche inhaftierte Führer der Bewegung in Ägypten haben zwischenzeitlich der Gewalt abgeschworen.

Dennoch strebt die MB unverändert innerhalb der „islamischen Bewegung“ ein „gemeinsames Ziel“ an, jedoch über „verschiedene Wege“. Bei der Forderung nach Durchsetzung des Arabischen als Einheitssprache in Algerien ohne Berücksichtigung historisch gewachsener Rechte der Berber zeigt sich die Kerndoktrin, die auf einer durchgängig die Vorherrschaft anstrebenden islamischen Ideologie basiert. Deren Verwirklichung soll in den Familien, Dörfern und Wohnvierteln beginnen und über Funktionen in Berufsverbänden, sozialen Einrichtungen und Parteien in staatliche Institutionen gelenkt werden.

Besonders seit den 1980er Jahren zersplitterten die nationalen Ableger der MB ihrerseits in Fraktionen, deren extreme Gewaltorientierung sich auch aktuell in Terrorakten sogar gegen die eigene Zivilbevölkerung richtet. So gingen aus dem bewaffneten Arm der algerischen FIS, der „Islamischen Armee der Errettung“ (AIS), zunächst die „Islamische Bewaffnete Gruppe“ (GIA) und später die „Salafitische Gruppe für Predigt und Kampf“ (GSPC) hervor, die für jahrelanges Morden in Algerien verantwortlich ist. Auch die Muslimbrüder in Palästina, die „Bewegung des islamischen Widerstands“, geläufiger als HAMAS, und ihr kämpfender Flügel, die „Izz ad-Din al-Qassam-Brigaden“, sind für ihre brutale Gewalt besonders durch Selbstmordattentate gegen Zivilisten berüchtigt.

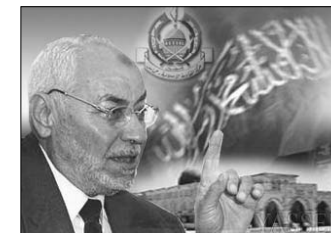
Publikationen der MB sind „ar-Ra'id“ (Der Pionier), „an-Nazir“ (Der Beobachter), „an-Nasr“ (Der Sieg) sowie die wöchentlich herausgegebene „Risalat-ul-Ikhwan“ (Brief der Brüder). Neben den im Bundesgebiet verteilten Zweigstel-

²⁵ Vgl. den vorgenannten Fußnotentext.

²⁶ Erklärung von Muslimen, die der eigenen Auffassung vom Islam widersprechen, zu „Ungläubigen“.

len sowie den unter verschiedenen Bezeichnungen firmierenden Studentenzusammenschlüssen an Universitäten verfügt die MB auch über Stützpunkte im europäischen Ausland.

Im Jahre 2003 beging die MB das 75. Jahr ihrer Gründung und hatte nach dem Tod des 83jährigen sechsten „Obersten Führers“ Ma'mun al-HUDAIBI am 9. Januar 2004 eine neue Führung zu wählen. Bereits am 14. Januar 2004 wurde der 75jährige Ägypter Muhammad Mahdi AKIF als siebter „Oberster Führer“ gewählt.



Muhammad Mahdi AKIF

Neuere Tendenzen weisen darauf hin, dass die MB in verstärktem Maß darauf abzielt, in Ägypten wieder als politische Partei zugelassen zu werden. Daher lässt sie in offiziellen Verlautbarungen verkünden, die demokratischen Spielregeln akzeptieren zu wollen.

Neben ihren zahlreichen nationalen Zweigen in der islamischen Welt haben mittlerweile deutsche und europaweite Strukturen Gestalt angenommen. Eine dieser Ländervertretungen ist die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) mit Hauptsitz in München. Dort übt die MB am „Islamischen Zentrum München e.V.“ maßgeblichen Einfluss aus. Als Dachverband unterschiedlicher Organisationen, die der MB nahe stehen, fungiert in Europa die „Föderation der Islamischen Organisationen in Europa“ („Federation of Islamic Organisations in Europe“, FIOE). Sie pflegt als internationaler Dachverband die Auslandsbeziehungen und vertritt offiziell die Position, die zentrale Anlaufstelle im sunnitisch-islamischen Bereich zu sein. Ihre politische Linie ist darauf ausgerichtet, sich eine zunehmend stärkere Position zu sichern, um andere islamische Organisationen und Vereine kontrollieren zu können.

Zu den bekanntesten zeitgenössischen Vertretern der MB-Ideologie gehört Yusuf al-QARADAWI, der über Massenmedien eine bislang nicht gekannte Breitenwirkung in der arabischsprachigen Welt und zunehmend auch in Europa erreicht. Ihm wurde im Januar 2004 die Führerschaft der MB angeboten, die er jedoch ablehnte.

Al-QARADAWI wurde 1926 in Ägypten als Sohn armer Bauern geboren und beendete 1953 sein Studium der „Grundlagen des Islam“ in Kairo. Bereits in jungen Jahren trat er der MB bei und saß wegen seiner politischen Aktivitäten

mehrere Male im Gefängnis.²⁷ 1977 gründete er das „Zentrum für Sira- und Sunna-Forschung“ und die Scharia-Fakultät in Katar, deren Direktor beziehungsweise Dekan er bis heute ist. Weltweit gehört al-QARADAWI zahlreichen islamischen Gremien und akademischen Gesellschaften an.

Die Schriften dieses Islamgelehrten finden Akzeptanz und Verbreitung in der ganzen islamischen Welt.²⁸ Seit 1997 hat er bei al-Jazeera²⁹ jeden Sonntag eine Plattform zur Verbreitung seiner Ansichten in der Sendung „al-Scharia wa'l-Hayat“ („Die Scharia und das Leben“). Im Jahr 1999 rief er eine eigene Internetseite ins Leben, um Muslimen und Nicht-Muslimen seine Sichtweise des Islam näher zu bringen. Al-QARADAWI sieht sich dort „zwischen den Westlichtern und den extremistischen Übertreibern“ und zählt sich selbst damit zur Strömung der Mitte.

Seine zentralen Thesen handeln von der Auseinandersetzung des Islam mit der Moderne und dem Westen. Generell hält al-QARADAWI den Islam für dem Christen- und Judentum überlegen. Die christlichen Werte sind seiner Meinung nach unrealistisch. Es sei den Menschen unmöglich, diese umzusetzen. Das Judentum sei stark vom Rassismus geprägt und habe daher keine Botschaft für die gesamte Menschheit. Den „Protokollen der Weisen von Zion“³⁰ und den Ungerechtigkeiten zufolge, welche die Juden begingen, seien diese „Feinde der Menschheit“³¹.

Die Haltung des Westens gegenüber dem Islam sieht al-QARADAWI von drei Grundzügen geprägt:

1. Hass auf den Islam, der noch von den Kreuzzügen herrührt,
2. Angst vor dem Islam (Ersatz-Feindbild nach dem Zerfall der Sowjetunion) und
3. Überlegenheitskomplex des Westens (aufgrund seiner Kolonialvergangenheit) gegenüber dem Islam.

²⁷ Al-QARADAWI war für die Aktivitäten der „Islamischen Bewegung“ an der ägyptischen al-Azhar-Universität in den frühen 50er Jahren verantwortlich. Zudem war er ein Mitglied des Organisationskomitees der Azhar-Freiwilligen, die gegen die britische Besetzung des Suezkanals kämpften. Wegen seiner Mitgliedschaft bei der „Muslimbruderschaft“ saß er 1949, 1954-1956 und 1962 im Gefängnis.

²⁸ Al-QARADAWI hat zirka 40 Bücher verfasst. Die beiden bekanntesten sind: „al-Halal wa'l-Haram fi 'l-Islam“ („Erlaubtes und Verbotenes im Islam“), 1960, und „al-Hulul al-Mustaurada wa-kaifa djanat 'ala Ummatina“ („Über die importierten Lösungen und den Schaden, den sie unserer islamischen Nation zugefügt haben“), 1984. „Erlaubtes und Verbotenes im Islam“ wurde von Ahmad von Denffer ins Deutsche übersetzt und erschien 1989.

²⁹ Der Satellitensender al-Jazeera mit Sitz in Katar wird weltweit von schätzungsweise 40 Millionen Haushalten empfangen.

³⁰ Vgl. S. 11, Fußnote 10.

³¹ Internetauswertung vom 22. Januar 2001.

Die westliche Zivilisation hat der Menschheit nach al-QARADAWI Überzeugung ein Übermaß an persönlicher Freiheit zuerkannt. Die Einstellung des Westens sei, dass der Mensch tun könne, was er wolle, solange er nicht die Freiheitsrechte anderer beschneide. Al-QARADAWI lehnt diesen Grundsatz ab. Er bezeichnet dies als „exzessive Freiheit“, welche die Natur des Menschen ruiniere, während diese Freiheit aber nicht „den Durst des Menschen stillen“³² könne.



Yusuf al-QARADAWI

Die Globalisierung wird von al-QARADAWI als gefährlich eingeschätzt. Sie zielt auf die Beherrschung der Welt ab und sei in Wahrheit eine Amerikanisierung. Zum Dihad³³ gegen die USA oder den Westen hat al-QARADAWI zwar bisher nie direkt aufgerufen, er fordert aber alle Muslime in einem islamischen Rechtsgutachten (arabisch: fatwa) zum Dihad gegen Israel auf und brandmarkt die USA gleichzeitig als maßgeblichen Verbündeten Israels. Es ist anzunehmen, dass ein Teil seiner Zuschauer und Leserschaft seine Argumentationskette selbst zu Ende führt und sich gewaltbereite Gruppierungen durch seine Aussagen bestätigt sehen. Bedenklich werden die Fatwas von Gelehrten wie al-QARADAWI, wenn sie Gewaltanwendung aus islamischer Sicht rechtfertigen: Ein ausgeweiteter Dihad-Begriff geht über die Selbstverteidigung der direkt Betroffenen in einer Krisenregion hinaus und wendet sich gegen die als islamfeindlich wahrgenommenen eigenen Staaten und Institutionen des Orients.

Die Anschläge vom 11. September 2001 verurteilte al-QARADAWI, rief aber die Amerikaner gleichzeitig dazu auf, ihre Außenpolitik zu überdenken. Anschläge gegen Unschuldige seien zwar eine schwerwiegende Sünde und im Islam strengstens verboten. Niemand könne nach islamischem Recht für die Taten eines anderen verantwortlich gemacht werden. Dagegen bezeichnet er jedoch die Selbstmordattentate der Palästinenser als die höchste Form des Dihad. Begründet wird dies damit, dass es in Israel keine unschuldigen Zivilisten gebe, da die gesamte israelische Gesellschaft als militärisch anzusehen sei. Al-QARADAWI bedient sich hier einer widersprüchlichen Argumentation, was die Anschläge vom 11. September 2001 und die Rechtfertigung der Tötung israelischer Zivilisten betrifft. Ob er sich dessen bewusst ist oder nicht: Er missbraucht den Islam für politische Ziele, indem er die Selbstmordattentate religiös legitimiert.

³² Internetauswertung vom 22. Januar 2001.

³³ Dihad (arabisch) von „Dihad fi sabil-illah“ = sich bemühen auf dem Wege Gottes; Dihad kann man als religiös begründeten und legitimierten Einsatz umschreiben, der sowohl friedlich als auch militärisch sein kann.

2.3.2.1 HAMAS („Bewegung des islamischen Widerstands“) und „Islamischer Bund Palästina e.V.“ (IBP)

Als palästinensischer Zweig der „Muslimbruderschaft“ ist die HAMAS zu nennen („Bewegung des islamischen Widerstands“ von Arabisch: „**Harakat al-Muqawama al-Islamiya**“³⁴). Sie tritt allerdings hierzulande unter den Bezeichnungen „Islamischer Bund Palästina e.V.“ (IBP) und „al-Aqsa e.V.“ in Erscheinung. Der IBP wurde 1981 von in Deutschland lebenden Angehörigen der „Muslimbruderschaft“ gegründet und betreibt in Deutschland eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Der Bezug zur HAMAS wird gegenüber Europäern meist verneint. Gleichwohl lagen hinreichende Indizien vor, um „al-Aqsa e.V.“ als Unterstützungsorganisation der HAMAS einzustufen. Am 5. August 2002 wurde der „al-Aqsa e.V.“ mit Sitz in Aachen vom Bundesminister des Innern verboten. Begründet wurde das Verbot damit, dass dieser Verein unter dem Deckmantel angeblicher humanitärer Ziele Spenden sammelte, um damit Gewalt und Terror im Nahen Osten zu unterstützen. Er hat seine aus Spendensammlungen stammenden Gelder der HAMAS zukommen lassen und „Märtyrerfamilien“ in den Palästinensergebieten finanzielle Unterstützung zugesichert. Damit förderte „al-Aqsa e.V.“ offensichtlich die Bereitschaft zu Selbstmordattentaten, denn potenzielle Attentäter konnten so sicher sein, dass Hinterbliebene versorgt wurden.



Internetbanner der HAMAS

Im Dezember 2004 trat das Verbot nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) gegen „al-Aqsa e.V.“ nach längeren gerichtlichen Auseinandersetzungen in Kraft. In der Urteilsbegründung wurde u.a. ausgeführt, dass die HAMAS ein einheitliches Gebilde sei, bei dem die sozialen Aktivitäten nicht vom militärischen Bereich geschieden werden könnten. „Al-Aqsa e.V.“ identifiziere sich mit den Zielen von HAMAS und verstoße damit gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Daher müsse das Verbot wieder in Kraft treten.³⁵

³⁴ HAMAS ist ein Akronym. Die Anfangsbuchstaben der Wörter formen einen neuen Begriff: „Eifer“ beziehungsweise „Begeisterung“ oder „Kampfgeist“.

³⁵ BVerwG 6 A 10.02 vom 3. Dezember 2004.

2.3.2.2 „Islamische Gruppe“ („al-Djamaa al-Islamiya“) und „Islamischer Djiha“ („al-Djihad al-Islami“)

Anhänger der ägyptischen „Islamischen Gruppe“ („al-Djamaa al-Islamiya“) erregten durch ihre blutigen Anschläge Aufsehen, so etwa 1997 in Luxor, als 58 Touristen starben. Scheich Abd ar-RAHMAN, der wegen des am 26. Februar 1993 verübten ersten Anschlags auf das New Yorker World Trade Center im Oktober 1995 in den USA zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, gilt als einer ihrer geistigen Führer.

„Al-Djihad al-Islami“ („Islamischer Djiha“), eine weitere ägyptische Organisation, wurde ebenfalls zu Beginn der 70er Jahre als militante Abspaltung der Muslimbruderschaft gegründet. Obwohl sich führende Mitglieder beider Organisationen 1999 für einen Gewaltverzicht ausgesprochen haben, gibt es immer noch eine Minderheit von „Hardlinern“, die aus dem Exil zu Gewalt aufrufen und sich dem globalen Terrornetzwerk um Usama BIN LADIN³⁶ angeschlossen haben. Dr. Ayman al-ZAWAHIRI, der langjährige Führer des „Islamischen Djiha“, steht seit Jahren in besonders enger Beziehung zu BIN LADIN und gilt als zweiter Mann innerhalb der „al-Qaida“. Zusammen mit BIN LADIN gab er im Frühjahr 2001 den Zusammenschluss der beiden Organisationen bekannt.

2.3.2.3 „An-Nahda“ („Bewegung der Erneuerung“)

Zur „Muslimbruderschaft“ zählt ebenfalls die tunesische „an-Nahda“ („Bewegung der Erneuerung“). Sie ist seit 1991 in Tunesien verboten und wird hauptsächlich aus dem britischen Exil geführt. Dennoch gibt es auch einen militanten Zweig, der von Frankreich aus geleitet werden soll. In Tunesien selbst sind nur noch wenige kleine Zellen der „an-Nahda“ erhalten geblieben. Allerdings gab es zeitweise eine Kooperation zwischen tunesischen und algerischen Islamisten in Europa. In Deutschland sind lediglich Einzelmitglieder dieser Organisation präsent, die bisher keinerlei militante Aktionen unternommen haben.



Internetseite der „an-Nahda“

³⁶ Vgl. S. 17ff.

2.3.2.4 „Islamische Heilsfront“ (FIS)

Zu den Vertretern des algerischen Islamismus zählt die „Islamische Heilsfront“ („Front Islamique du Salut“ = FIS) nebst ihrem bewaffneten Arm „Islamische Armee der Errettung“ („Armée Islamique du Salut“ = AIS). Die FIS ist aus dem algerischen Zweig der „Muslimbruderschaft“ hervorgegangen und wurde 1989 nach der Liberalisierung des Einparteiensystems als politische Partei gegründet. Bei den Wahlen in Algerien 1991 ging die FIS im ersten Wahlgang als Sieger hervor, wurde aber anschließend verboten. Seitdem operiert die Organisation im Untergrund und vom Ausland aus. Die AIS, die 1993 nach dem Verbot der FIS gegründet wurde, hat sich 1997 offiziell vom bewaffneten Kampf distanziert. 1999 wurde sie nach dem Amnestieversprechen im Rahmen des „Gesetzes zur zivilen Eintracht“ offiziell aufgelöst. Zwar unterscheidet sich die FIS mit ihrem bewaffneten Arm AIS von dem Vorgehen der nachfolgend beschriebenen „Islamischen Bewaffneten Gruppe“ (GIA) mit deren beispielloser Gewalt gegen Kinder, Frauen, Greise und Ausländer. Es wird jedoch zumeist verschwiegen, dass auch die FIS und die AIS Gewalt gegen Vertreter des „Systems“ durchaus als gerechtfertigt betrachten und auch ausübten.



Presseorgan der FIS ist die wöchentlich erscheinende Zeitung „el-Ribat“ („Das Band“).



Presseorgan „el-Ribat“ bzw. Internetbanner der FIS.

2.3.2.5 „Islamische Bewaffnete Gruppe“ (GIA) und „Salafitische Gruppe für Predigt und Kampf“ (GSPC)

Die „Bewaffnete Islamische Gruppe“ („Groupe Islamique Armée“ = GIA) wurde 1992 als eine militante Gruppe der FIS gegründet. Nach 1994 hat sie sich von der FIS losgesagt und ist seitdem autonom und mehrfach aufgespalten. Aufgrund des Bürgerkriegs und zahlreicher Massaker ist der Rückhalt in der algerischen Bevölkerung stark geschwunden. Die GIA verfolgt die Errichtung eines weltweiten Gottesstaats mit terroristischen Mitteln. Nahziel ist die Beseitigung der algerischen Regierung. Anders als die FIS hat die GIA den Terror auch über die Grenzen Algeriens nach Frankreich getragen, das sie als Hauptunterstützer des ihnen verhassten algerischen Regimes ansieht. Mittlerweile haben sich die

lokalen Führer der GIA in Algerien weitgehend verselbstständigt und agieren in ihren Regionen als „Warlords“. Vereinzelte GIA-Anhänger, vor allem der „Salafitischen Gruppe für Predigt und Kampf“ („Groupe salafiste pour la prédication et le combat“ = GSPC), haben jedoch die nationalen Bestrebungen aufgegeben und sich dem Netzwerk des Usama BIN LADIN³⁷ angeschlossen. Die im März 2003 in Frankfurt am Main abgeurteilte „Meliani-Gruppe“ war diesem Spektrum zuzuordnen. Sie wird den so genannten non-aligned Mudjahidin³⁸ zugerechnet, ist aber ideologisch bei der GSPC angesiedelt und unterhält zahlreiche Kontakte zu Islamisten in Frankreich, Großbritannien und Italien. Ende Dezember 2000 wurden in Frankfurt am Main vier Personen festgenommen, die der Gruppe um ihren Anführer Mansuri MELIANI angehören sollen. Dieser konnte nachgewiesen werden, einen Anschlag auf eine Einrichtung in der Straßburger Innenstadt geplant zu haben, der durch die Festnahmen gerade noch vereitelt werden konnte. In den Wohnungen der Mitglieder dieser Gruppe fand man neben Waffen, Handbüchern und Materialien zur Sprengstoffherstellung ein Video vom Straßburger Weihnachtsmarkt als weiteren Anhaltspunkt für einen geplanten Anschlag.

Die GSPC entführte von Februar bis März 2003 insgesamt 32 Sahara-Touristen (darunter 16 Deutsche). Eine Gruppe wurde im Mai befreit, die andere Gruppe wurde im August 2003 freigelassen. Eine der Geiseln stammt aus dem Kreis Ludwigsburg. Das Ziel der Entführer, einer Untergruppierung der GSPC, war die Lösegelderpressung zum Kauf von Waffen und für die Finanzierung des Kampfs gegen die algerische Regierung.

Die GIA ist in Baden-Württemberg nur durch einzelne Aktivisten beziehungsweise kleinere Zellen vertreten. Publikationen der GIA sind „al-Djamaa“ (Die Gemeinschaft) und „al-Qital“ (Die Schlacht).



Publikation der GIA

2.3.3 „Hizb ut-Tahrir“

Die panislamische Bewegung „Hizb ut-Tahrir“ („Partei der Befreiung“) wurde 1953 von ehemaligen Mitgliedern der „Muslimbruderschaft“ und Journalisten in Jordanien gegründet. Der Religionsgelehrte und Richter des Jerusalemer Scharia-Gerichts, Taqi ad-Din an-Nabhani (1909-1977), gilt neben anderen als Gründungsvater. Die „Hizb ut-Tahrir“ wendet sich an die Gesamtheit der Muslime

³⁷ Siehe S. 17ff..

³⁸ Siehe S. 17.

(arabisch: umma) und unterscheidet diese von der Gesamtheit der Ungläubigen (arabisch: kuffar). Nationalstaatliche Grenzen im Bereich der Umma lehnt sie daher ab. Erklärte Ziele der multinationalen Organisation sind die Auslöschung des Staates Israel, die „Befreiung“ der muslimischen Welt von westlichen Einflüssen sowie die Wiedereinführung des Kalifats³⁹ und der Scharia. Gewalt als Methode der Auseinandersetzung wird jedoch nach außen abgelehnt. Dafür sprechen die Veröffentlichungen aber eine aggressive Sprache. In sämtlichen Ländern des Nahen Ostens beziehungsweise Zentralasiens ist die „Hizb ut-Tahrir“ verboten. Sie ist in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan aktiv. In Usbekistan wurde die erste Zelle der „Hizb ut-Tahrir“ 1995 gegründet. Als Vorstufe späterer Aktionen setzt die „Hizb ut-Tahrir“ bislang in den zentral-asiatischen Republiken auf den ideologischen Kampf. Sie strebt dort einen Kalifatsstaat an, der Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan und sogar einen Teil der Volksrepublik China, nämlich das uigurische Territorium Xinjiang, umfassen soll. Ihre Arbeitsweise ist eher konspirativ. Bekannte Anführer gibt es nicht, aber ihre Agitatoren sind präsent, wo immer auch Intellektuelle über den Islam diskutieren. Auch an deutschen Universitäten sind ihre Repräsentanten aktiv und verkaufen Publikationen der Partei. In deutscher Sprache erscheint die Zeitschrift „explizit“ (Untertitel: „Das politische Magazin für ein islamisches Bewusstsein“).

Neben Hamburg und Bayern ist Berlin ein wichtiges Zentrum dieser internationalen Gruppierung. In Baden-Württemberg sind Kleingruppen der „Hizb ut-Tahrir“ aktiv.

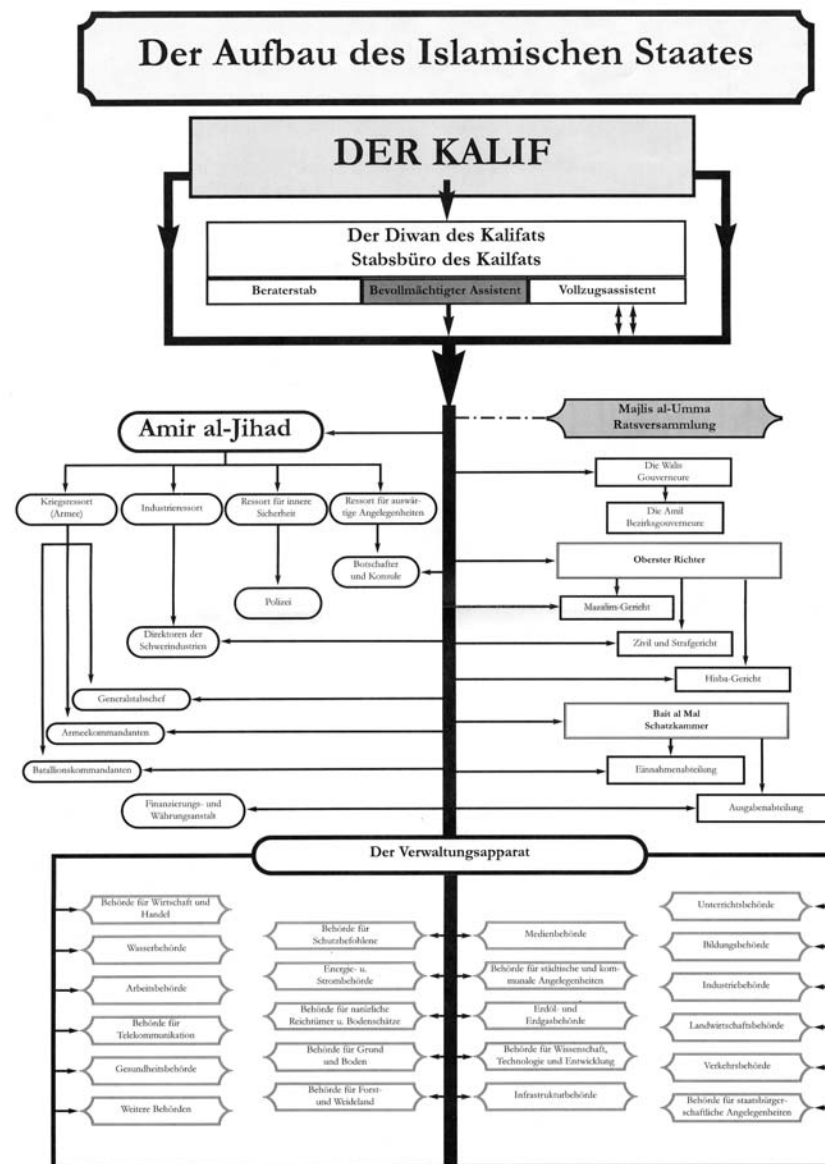


Deutschsprachige Internetseite der „Hizb ut-Tahrir“

Die „Hizb ut-Tahrir“ verbreitet Flugblätter und Schriften, deren besondere Radikalität sich unter anderem daran ermessen lässt, dass dort sogar das Regime in Teheran als „unislamisch“ angesehen wird. Im Widerspruch zu ihrem bereits erwähnten „Gewaltverzicht“ ruft die Organisation auf ihrer Homepage⁴⁰ mit einem Koranzitat zum Mord an den Juden auf:

³⁹ Von Arabisch „khalifa“: „Nachfolger, Stellvertreter“. Hiermit ist der Nachfolger beziehungsweise Stellvertreter des Propheten Muhammad gemeint. Die Institution selbst heißt auf Arabisch „khilafa“. Sie umfasst die Leitung der islamischen Gemeinde. Über die Eigenschaften, Befugnisse und Wege der Amtseinsetzung bestehen bei Sunniten und Schiiten unterschiedliche Auffassungen.

⁴⁰ Stand: 12. Juni 2002.



Die schematische Darstellung eines islamischen Staates nach den Vorstellungen der „Hizb ut-Tahrir“ (hier: Kopie des Originals) folgt einem „Führerprinzip“ mit einem Kalifen an der Spitze, dem alle staatlichen Organe nachgeordnet sind. Zum einen besteht keinerlei Volkssouveränität, zum anderen wird über die Art der Legitimation des Kalifen nichts ausgesagt. Eine Gewaltenteilung kennt dieser Staatsaufbau nicht. Der Parlamentarismus gewählter Volksvertreter ist nicht vorgesehen; auch die Legitimation der Mitglieder eines „Beratungsgremiums“ (hier „Diwan“, sonst „Schura“) besteht lediglich in der Ernennung durch den Kalifen. Ein Staat dieses Zuschnitts widerspricht in zentralen Punkten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die „Hizb ut-Tahrir“ wurde Ende 2003 in der Bundesrepublik Deutschland verboten.

„Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben“.⁴¹ Die Juden sind ein Volk der Lügen, ein Volk des Verrats, das Abkommen und Verträge bricht. Sie ersinnen Unwahrheiten und verdrehen den Wortsinn. Sie verletzen ungerechterweise die Rechte anderer, töten Propheten und Unschuldige und sind die größten Feinde der Gläubigen. Allah... untersagte uns, sie zu Freunden zu nehmen...“

Anlass für die antijüdische Propaganda im Internet ist für die „Hizb ut-Tahrir“ die neuerliche Eskalation der Gewalt in Palästina. Doch nach Meinung der Organisation tragen nicht allein die Juden Schuld am Leid des palästinensischen Volkes, sondern die „arabischen Regenten“ selbst. Sie seien „*üble Regenten, die die beste Umma demütigen*“. Die Märtyreraktionen der Palästinenser hält die „Hizb at-Tahrir“ dagegen für „*islamisch legitim*“.

Die scharfe Hetze gegen den Staat Israel und die antijüdische Propaganda, die in den obigen Zitaten erkennbar wird, nahm der Bundesminister des Innern zum Anlass, am 10. Januar 2003 ein Betätigungsverbot zu erlassen, das die Publikation von Zeitschriften einschließt. Am 15. Januar 2003 durchsuchten Polizeibeamte 30 Wohnungen mutmaßlicher Mitglieder der Organisation in Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen und beschlagnahmten unter anderem Propagandamaterial. Im Zuge weiterer Maßnahmen wurden am 10. April 2003 bundesweit 80 Objekte durchsucht, darunter auch mehrere in Baden-Württemberg (**Stuttgart, Heidelberg, Karlsruhe**).

2.3.4 „Tabligh-i Jama’at“ („Gemeinschaft für Verkündung und Mission“)

Diese Gemeinschaft stellt heute die weltweit größte missionarische Erneuerungsbewegung dar. Ihr Ursprung liegt in Indien, in der Region um Delhi. Ende der 1920er Jahre gewann der Gelehrte Maulana Muhammad ILYAS (1885-1944) zahlreiche Schüler und Anhänger für seine pietistische Wiedererweckungs- und Missionsbewegung. Ähnlich wie die Bewegung der „Muslimbrüder“ versuchten die Anhänger dieser Bewegung ihre muslimische Identität gegenüber der englischen Kolonialmacht und der hinduistischen Bevölkerungsmehrheit zu betonen. Durch entsprechende Kleidung und Lebensweise wollte man sich von der Mehrheit der Bevölkerung absetzen. Nach der Teilung Indiens 1948 und der

Gründung Pakistans hatte die Bewegung dort in den Städten Lahore und vor allem im benachbarten Raiwind ihr geistiges Zentrum gefunden.

Inzwischen kommen Muslime aus der ganzen Welt nach Pakistan, um dort bei jährlichen Treffen, an denen bis zu zwei Millionen Menschen und mehr teilnehmen, die Predigten und Vorträge von Gelehrten dieser Bewegung zu hören. Die Auslegung des Korans und der Sunna ist sehr buchstabengetreu und weist seit mehreren Jahren stark wahhabitische⁴² Züge auf. Das bedeutet, dass die Anhänger einen kompromisslosen, Neuerungen ablehnenden und sehr puristischen, das heißt an den Werten und Lebensweisen des Propheten orientierten Islam vertreten.

Zunächst überwogen indische Islamvorstellungen, die sich stärker an einem mystischen Islam orientierten. Doch bereits ILYAS als der Gründer dieser Bewegung war von der saudischen Reformbewegung, der Wahhabiya, beeindruckt. In seinen Vorträgen und Lehren griff er wahhabitische Vorstellungen auf. Besonders die Idee, zu den Idealen der Frühzeit zurückzukehren und in ihnen das Vorbild und die Lösungsmöglichkeit für die zeitgenössischen Probleme zu sehen, hatte ihn geprägt.

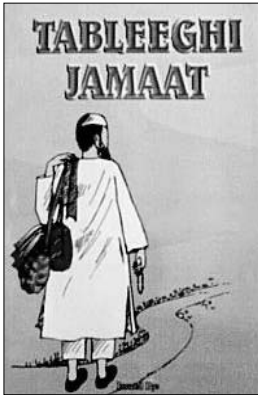
Zentren der Lehre waren zunächst Schulen und Moscheen, die in sehr enger Verbindung mit der Deobandibewegung standen. An der Hochschule (Dar al-Ulum) von Deoband, einer kleineren Stadt im nordindischen Staat Uttar Pradesh, lehrten Religionsgelehrte, die eine besonders puristische Auslegung der islamischen Quellen propagierten. Die Taliban Afghanistans waren in den meisten Fällen Studenten an religiösen Schulen, die dem Ideal der Deobandis (Anhängern und Absolventen dieser Schule) verpflichtet waren.

Tablighis, die Anhänger der Lehren von ILYAS, machen sich heute als reisende Missionare weltweit auf den Weg und versuchen, in islamischen Gemeinden die aus ihrer Sicht etwas im Glauben nachlässig gewordenen Muslime wieder zum wahren Glauben zurückzuführen. Dies trug ihnen auch den viel zitierten Beinamen „Zeugen Jehovas des Islam“ ein. Aus der Sicht von ILYAS haben die Muslime im 20. Jahrhundert sich viel zu weit von den eigentlichen Lehren des Islam entfernt. Da sich die Tablighs aus diesem Grund primär mit islamischen Glaubensinhalten beschäftigen, hat dies dazu geführt, dass man in dieser Bewegung eine unpolitische Strömung erkannte. Ihr vermeintlich unpolitisches Auftreten wird aber inzwischen diskutiert.⁴³

⁴¹ Das Zitat stammt aus dem Koran, Sure „al-Baqara“ (die Kuh), Vers 191.

⁴² Nach der Lehre Ibn Abd al-Wahhabs (1703-1792), dem Begründer der Wahhabiya-Bewegung auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabien.

⁴³ Yoginder Sikand: The Tablighi Jama’at and Politics, in: ISIM Newsletter 13, Dezember 2003, S. 42f.



Tablighi (Missionar) auf pakistanischem Buchumschlag

Ins Blickfeld der Sicherheitsbehörden gerieten aber in den letzten Jahren immer wieder einzelne Anhänger und Prediger der Tabligh-Bewegung, die bei der Planung und Durchführung gewalttätiger Aktionen beteiligt gewesen sein sollen. Der Übergang vom spirituell suchenden Schüler zum gewaltbereiten und kämpfenden Glaubenskrieger scheint häufiger im Umfeld der Missionare oder Prediger der „Tabligh-i Jama'at“ stattzufinden. Man kann in den kleinen Gruppen von fünf bis zwanzig Reisenden, die sich um einen Emir scharen, eine Art Katalysator sehen. Vor allem junge muslimische Männer der zweiten oder dritten Einwanderergeneration oder auch neu zum Islam Konvertierte können im Bann dieser Erweckungsbewegung zu der Überzeugung gelangen, sich mit gewaltsamen Mitteln für die Sache des Islam einzusetzen.

In Dewsbury, Großbritannien, befindet sich das für ganz Europa bedeutende Zentrum der Bewegung. Diesem Zentrum ist auch eine Schule zugeordnet, an der Prediger ausgebildet und Missionare auf ihre Reisen vorbereitet werden.

In Frankreich ist die Bewegung etwa seit 1968 aktiv. Sehr bedeutend ist sie bei der „Re-Islamisierung“ der muslimischen Gemeinden und den Immigranten der ersten Generation. Zacarias MOUSSAOUI, der vermeintlich 20. Attentäter, der an den Terroranschlägen des 11. September 2001 beteiligt werden sollte, Djamel BEGHAL, der maßgeblich an der Anschlagplanung auf die Botschaft der Vereinigten Staaten in Paris beteiligt war und im Juli 2001 auf dem Flug von Pakistan nach Europa in Dubai verhaftet und an französische Stellen ausgeliefert wurde, und Richard REID, der „Schuhbomber“, der auf dem Flug von Paris nach Miami einen Sprengsatz zünden wollte, stehen im Verdacht, der Bewegung anzugehören. Die Radikalisierung dieser drei Männer scheint im Umfeld von Tabligh-Predigern in Frankreich stattgefunden haben. Im Jahr 2004 sind mehrere islamistische Terroristen in die Schlagzeilen geraten, die ihre extremistischen Ansichten und ihre Gewaltbereitschaft in den Zirkeln der Tablighs ausgebildet und vertieft haben.

In Deutschland liegen bislang nur vereinzelte Berichte über Missionierungen bei Muslimen vor. Hier scheinen vor allem jüngere Muslime als Zielgruppe in Frage zu kommen. Die Tablighis in Baden-Württemberg verteilen sich auf mehrere größere Städte, wo sie kleinere Gemeinschaften unterhalten. Reisende Missionare besuchen auch Moscheen in verschiedenen baden-württembergischen Städten und versuchen dabei Anhänger und Unterstützer für ihre Bewegung zu gewinnen. Mindestens 30 Aktivisten engagieren sich in Baden-Württemberg in verschiedenen Moscheen und bemühen sich um die Verbreitung der Lehren von ILYAS.

2.3.5 „Pasban-e Khatm-e Nabuwwat“ (PKN)

Mit der Bewegung der „Pasban-e Khatm-e Nabuwwat“ (PKN; „Bewahrer des Siegels des Propheten“) hat seit 1998 in Baden-Württemberg eine radikale pakistanische Strömung Fuß gefasst, deren Ziel vor allem darin besteht, die laut PKN vom „wahren Glauben abweichende“ Iyya-Glaubensgemeinschaft (Ahmadiya Muslim Jamaat⁴⁴), die sich selbst hingegen als islamisch betrachtet, zu bekämpfen. Mit einer die Menschenwürde und die Religionsfreiheit massiv verachtenden Propaganda bekämpfen Anhänger der PKN die Ahmadiya-Angehörigen, die sie als „Ketzer“ und „Ungläubige“ betrachten, weil der Gründer ihrer Glaubensgemeinschaft sich unter anderem als die Verkörperung von Jesus Christus versteht, welcher nach Auffassung der Ahmadiya nach Indien ausgewandert sein soll. Die Anhänger glauben an eine „spirituelle Wiederkunft“ von Jesus, der in Kaschmir gestorben sei. Er wird nicht als Verkörperung des Propheten Muhammad, wie von Gegnern behauptet wird, gesehen, vielmehr soll er der verheißene Messias sein, der durch Muhammad angekündigt worden sei.⁴⁵ Die PKN verbreitet auch im Bundesgebiet gegen die Ahmadiya gerichtete Publikationen. In Einzelfällen ist es zu tätlichen Angriffen von PKN-Anhängern auf Angehörige der Ahmadiya in Deutschland gekommen. Zentrum der PKN ist der **Heilbronner** Verein „Vorposten der Khatm-e Nabuwwat“, dessen Vereinsvermögen bei Auflösung an die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) fällt. Nach kritischen Berichten in der Presse sowie Maßnahmen der Behörden gegen einen führenden Vertreter der PKN sind deren Sympathisanten in ihren öffentlichen Verlautbarungen vorsichtiger geworden. Veranstaltungen unter ihrem Einfluss konnten seither nicht mehr festgestellt werden.

2.4 Schiitisch-islamistische Organisationen

Der schiitische Islamismus wird vom Gedankengut des iranischen „Revolutionärs“ Ayatollah Khomeini dominiert. Dieses formte 1979 nach dem Sturz des Schahs in Iran maßgeblich die islamische Republik. Dieses politische Konzept sieht die Einheit von Religion und Staat vor. Khomeini forderte ebenso wie die „Muslimbruderschaft“ eine Rückbesinnung auf die Ursprünge des Islam und hatte die Vision einer weltweiten Islamisierung.

⁴⁴ Ahmadiya Muslim Jamaat: Die „Ahmadiya-Bewegung“ wurde von Mirza Ghulam Ahmad 1889 in Indien gegründet und ist durch ihre weit reichende Missionstätigkeit in zahlreichen Ländern vertreten. Die größten Erfolge konnte sie bisher in Westafrika verbuchen, wo sie neben Missionsstationen auch Schulen und Krankenhäuser errichtet. Kennzeichnend für die Angehörigen dieser Glaubensgemeinschaft, die Ahmadiya, ist die friedliche Verbreitung des Islam. Dieser „Eckpfeiler“ des Ahmadiya-Glaubens wurde bereits von Ahmad postuliert, der den Dihad in Britisch-Indien für unzulässig erklärt hat. Man schätzt die Anhängerzahl der Ahmadiya auf etwa eine Million, davon lebt die Hälfte auf dem indischen Subkontinent. In den meisten islamischen Ländern ist die Ahmadiya Muslim Jamaat verboten.

⁴⁵ Allgemein gilt bei Muslimen, dass Muhammad als der Prophet Allahs das Wort des alleinigen Gottes abschließend, richtig und vollständig verkündet hat. Deswegen wird er auch als „Siegel der Propheten“ bezeichnet.

Schiitisch-islamistische Organisationen haben ihren Ursprung in Ländern mit großem schiitischem Bevölkerungsanteil, das sind vor allem der Iran, der Irak und der Libanon. In Iran wurde im Februar 2004 das 25-jährige Jubiläum der islamischen Revolution gefeiert. Diese Feierlichkeiten wurden von der innenpolitischen Krise im Vorfeld der Parlamentswahlen und der sich dem Ende zuneigenden Präsidentschaft Sayed Muhammad Khatamis überschattet. Innerhalb der politischen Elite Irans bildeten sich im Lauf der 90er Jahre Fraktionen von konservativen und reformorientierten Kräften. Die Auseinandersetzungen dieser beiden Gruppen führten zu einer Stagnation in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes.

Der Irakkrieg hat erhebliche, noch nicht absehbare Folgen für die schiitische Mehrheit des Landes. Nach dem Ende der Regierung Saddam HUSSEINs fordern führende Geistliche eine entscheidende Rolle der Schiiten bei der Gestaltung des Landes. Diese Forderungen werden auch von iranischen Repräsentanten unterstützt. Sehr deutlich wird dabei die Politisierung der bislang sich in Fragen der Politik eher zurückhaltenden Bevölkerungsgruppe. Junge geistliche Führer fordern vehement Vergeltung für die Zeit der Unterdrückung durch das gestürzte Baathregime. Diese Entwicklungen werden auch nicht ohne Auswirkungen auf die schiitischen Minderheiten in den östlichen Landesteilen Saudi-Arabiens und den Golfstaaten bleiben. Hier versuchen schiitische Regimegegner ebenfalls, die politischen Verhältnisse zu verändern.

2.4.1 „Hizb Allah“ („Partei Gottes“)

Die „Hizb Allah“ („Partei Gottes“) hat ihre Basis in den schiitischen Gebieten des Libanon.⁴⁶ Ihre ideologische und finanzielle Unterstützung erhält sie aus dem ebenfalls schiitischen Iran. Gegründet wurde die „Partei Gottes“ 1982 nach dem Einmarsch israelischer Truppen in den Libanon. Auch die „Hizb Allah“ strebte in der Anfangszeit einen Gottesstaat nach iranischem Muster an, doch mittlerweile ist für sie das Ziel der Einbindung in politische Strukturen des Libanon vorrangig geworden. Seit 1985 ist die „Hizb Allah“ im Libanon als Partei anerkannt und seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten. Mit der Etablierung als politische Kraft ist die „Hizb Allah“ bestrebt, auf internationaler Ebene den „Geruch“ einer Terrororganisation loszuwerden.

⁴⁶ Unter den schiitischen Gebieten versteht man den Südlibanon, die Bekaa-Ebene und die südlichen Vororte von Beirut.



Hassan NASRALLAH

Der militärische Arm der Organisation, „al-Muqawama al-Islamiya“ („Islamischer Widerstand“), kämpfte im Südlibanon gegen die israelische Armee, geführt von Scheich Hassan NASRALLAH. Seit dem Rückzug der israelischen Armee aus den Gebieten des Libanon im Mai 2000 wird die „Hizb Allah“ als Schutzmacht des Südlibanon angesehen. Dem „Islamischen Widerstand“ stehen im Libanon mehrere Tausend Kämpfer zur Verfügung. Starken Rückhalt besitzt die „Hizb Allah“ in den ärmeren Schichten der südlbanesischen Bevölkerung, denn die Partei finanziert zahlreiche soziale Einrichtungen und Infrastrukturprojekte.

Als übergeordnetes Ziel gilt der „Hizb Allah“ die Befreiung aller von „Zionisten“ besetzten Gebiete. Von zentraler Bedeutung ist die Einflussnahme der „Hizb Allah“ auf die öffentliche Meinung in der gesamten arabisch-islamischen Welt. Vor allem durch den parteieigenen Sender „al-Manar“ (Der Leuchtturm), aber auch durch die Wochenzeitung „al-Ahd“ (Die Verpflichtung) verbreitet sie gezielt antiisraelische Propaganda.

Mitglieder der „Hizb Allah“ sind auch in Baden-Württemberg vertreten. Wie in anderen Bundesländern werden die Versammlungsräume dieser Gruppe zur politischen Agitation und Ausübung religiöser Aktivitäten genutzt. Die politische Indoktrination wird zeitweise von eigens aus dem Libanon eingereisten Scheichs durchgeführt. Im Rahmen dieser Veranstaltungen kommt es insbesondere nach Selbstmordattentaten immer wieder zu spontanen, gegen Israel gerichtete Kundgebungen. Euphorisch wird die Anzahl der getöteten Feinde gefeiert und spontan für die Angehörigen der „Märtyrer“ gesammelt. Die politischen Aktivitäten der „Hizb Allah“ in Deutschland zeigen sich außerdem einmal jährlich zur Feier des „Quds-Tags“⁴⁷, an dem sich vorwiegend schiitische Muslime aus dem gesamten Bundesgebiet treffen, um gegen die israelische Politik in den besetzten Gebieten zu protestieren. Beim „Quds-Tag“ am 30. November 2002 haben rund 1.200 Anhänger der „Hizb Allah“ in Berlin demonstriert. Im Verlauf der Kundgebung wurden amerika- und israelfeindliche Parolen skandiert. Unter anderem forderten die Demonstrationsteilnehmer „Keine Milliarden-Wiedergutmachung an Israel“.

⁴⁷ Eine „traditionelle Demonstration zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk in seinem Befreiungskampf gegen die zionistische Besatzungsmacht“. Der „Quds-Tag“ wurde vom iranischen „Revolutionsführer“ Khomeini eingeführt.

3. Türkische Organisationen

3.1 Übersicht der beobachteten türkischen Gruppierungen

□ „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)

Gründung: 1985 als „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.“ (AMGT) gegründet; 1995: Aufteilung in die beiden unabhängigen juristischen Personen „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) und die „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft“ (EMUG)

Sitz: Kerpen

Mitglieder: zirka 3.600 Baden-Württemberg (Stand: 2005)
zirka 26.500 Bund (Stand: 2005)

□ „Der Kalifatsstaat“, auch „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.“ (ICCB)

Gründung: 1984 (ICCB), 1994 Umbenennung in „Kalifatsstaat“

Sitz: Köln

Mitglieder: zirka 300 Baden-Württemberg (Stand: 2005)
zirka 750 Bund (Stand: 2005)
seit Dezember 2001 durch den Bundesminister des Innern verboten

□ „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF)/„Deutsche Türk-Föderation“ (ATF)

Gründung: 1985

Sitz: Frankfurt am Main

Mitglieder: zirka 2.100 Baden-Württemberg (Stand: 2005)
zirka 8.750 Bund (Stand: 2005)

□ „Front der Kämpfer für den Islamischen Großen Osten“ (IBDA-C)

Gründung: 1985

Mitglieder: in Baden-Württemberg wie im Bundesgebiet nur Einzelmitglieder (Stand: 2005)

3.2 „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)

Die IGMG als zahlenmäßig größte islamistische Organisation in Deutschland und die EMUG gingen 1995 als zwei selbstständige Organisationen aus der „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.“ (AMGT) hervor. Die IGMG nimmt sich der religiösen, sozialen und kulturellen, insbesondere aber der politischen Belange ihrer Mitglieder an, während die EMUG für die Verwaltung des umfangreichen Immobilienbesitzes zuständig ist.

Politisch steht die IGMG seit ihrer Gründung in enger Verbindung mit verschiedenen islamistischen Parteien des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Professor Necmettin ERBAKAN. Diese spielen seit Jahren in der Türkei eine bedeutende Rolle. Sie haben die Abschaffung der auf die säkularen Reformen Kemal Atatürks zurückgehenden Staatsform zum Ziel und wurden wiederholt in der Türkei verfassungsgerichtlich verboten. Zuletzt betraf das Verbot die „Tugend Partei“ („Fazilet Partisi“, FP) im Juni 2001, doch nur knapp ein Monat nach diesem Verbot wurde die „Partei der Glückseligkeit“ („Saadet Partisi“, SP) gegründet. Sie vertritt weiterhin die Linie der „Milli Görüs“-Strömung von ERBAKAN.



Necmettin ERBAKAN

Neben der Weitergabe von nationalistischem Gedankengut, das sich am Osmanischen Reich orientiert, ist für die IGMG ein besonderes Islamverständnis charakteristisch. Der Islam wird in diesem Bewusstsein nicht allein als eine religiöse Leitlinie für den Einzelnen betrachtet, sondern als ein umfassendes Regelwerk für das gesellschaftliche Leben, hinter das die Regeln eines demokratischen Rechtsstaats zurücktreten müssen.

In der Öffentlichkeit ist die IGMG allerdings mehr denn je um ein moderates Erscheinungsbild bemüht. Auf die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 reagierte sie offiziell mit Bedauern und Distanzierung vom Terrorismus. Gleichzeitig konnte man feststellen, wie belastende Internetseiten und Links bereinigt wurden. Mit „Dialogbereitschaft“ und „politisch korrektem“ Auftreten will man sich als Ansprechpartner für „den Islam“ in Deutschland etablieren.

Im Gegensatz zu den offiziellen Erklärungen der Organisationsspitze zeichneten die Reaktionen auf diese Anschläge in der Tageszeitung „Milli Gazete“ (Nationalzeitung, inoffizielles Sprachrohr der IGMG) ein anderes Bild. Sie wur-

den dort als „Ernte“ für die Politik Amerikas dargestellt. Die „Milli Gazete“ hoffte, dass *„die Amerikaner die erforderliche Lehre aus den Anschlägen ziehen“*. Erst wenn die Amerikaner nicht mehr *„Handlanger des Zionismus“* seien, sondern sich für die Gründung einer weltweiten *„adil düzen“* einsetzen - einer *„gerechten Gesellschaftsordnung“*, basierend auf den Thesen ERBAKANs - seien sie *„eine Supermacht“*⁴⁸.

In seinen Thesen zu einer *„gerechten Gesellschaftsordnung“*, die ERBAKAN in einer gleichnamigen Schrift zusammengefasst hat, wird der Westen als ein System von *„Sklavenhaltern“* beschrieben, das durch den *„Zionismus“* gelenkt würde. Dieses Denken entspricht weitgehend dem europäischer Antisemiten und ist eindeutig verfassungsfeindlich. Doch nicht nur in ERBAKANs *„Adil Düzen“* sind antisemitische Äußerungen zu finden, sondern auch in der *„Milli Gazete“*, wie über Jahre hinweg beobachtet werden konnte. Ebenso wurden Zitate aus den *„Protokollen der Weisen von Zion“*⁴⁹ bereits in dieser Zeitung veröffentlicht. Auf diese Weise werden dort revisionistische Thesen⁵⁰ zur Ermordung europäischer Juden während der Zeit des Nationalsozialismus wiedergegeben. Darüber hinaus stellte man den Lesern in Anspielung auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 *„die wahren Terroristen“* vor:

„Diese Zionisten sind nicht davor zurückgeschreckt, die Welt zweimal in Brand zu setzen. Der zweite Weltkrieg wurde mit diesem Vorhaben geführt. Die Lüge von der Verbrennung mehrerer zehntausend Juden durch Hitler (Diese Lügen wurden mit Beweismitteln der ganzen Welt durch Roger Garaudy⁵¹ widerlegt) diente als Propagandamittel, um einen zionistischen Staat zu gründen... Die Zionisten, die den Befehl der Kabbala⁵² ‚Saugt das Blut der gesamten Menschheit‘ als absoluten Befehl erachten, bringen die Menschheit im Rahmen dieses Planes jeden Tag näher an den Abgrund.“⁵³

⁴⁸ Internetausgabe der „Milli Gazete“ vom 13. September 2001.

⁴⁹ Vgl. S. 11, Fußnote 10.

⁵⁰ Revisionismus steht für den Versuch, den historischen Nationalsozialismus positiv darzustellen, insbesondere für das Bestreben, das nationalsozialistische System zu entlasten oder gar ganz freizusprechen, indem zum Beispiel die Massenvernichtung von Juden geleugnet wird.

⁵¹ Roger GARAUDY ist ein französischer Philosoph, ursprünglich Marxist und katholisch, jetzt aber Muslim. Er wurde als Revisionist in Frankreich verurteilt.

⁵² Hebräisch: Überlieferung; Jüdische Mystik und Geheimlehre seit dem 12. Jahrhundert.

⁵³ Internetausgabe der „Milli Gazete“ vom 5. Dezember 2001.

Ein Schwerpunkt der IGMG-Aktivitäten liegt in der Jugendarbeit. Dies verdeutlicht auch ein Artikel in dem Publikationsorgan *„Yeni Dünya“* (Neue Welt), das fast ausschließlich für IGMG-Anhänger relevante Informationen enthält. In diesem Artikel wandte sich der IGMG-Jugendverband Schwaben *„An die islamischen Jugendlichen“*. Für die Jugend setzte er folgende, von Allah bestimmte Aufgaben fest:



Zeitung „Yeni Dünya“

- „1. Ihr müsst die von Allah an den Propheten Muhammad gesandten Bestimmungen auf Erden in die Tat umsetzen und dafür sorgen, dass diese auch eingehalten werden.*
- 2. Ihr müsst die Untertanen von Untertanen⁵⁴ befreien und dafür sorgen, dass diese nur Allah dienen.*
- 3. Ihr müsst euch von falschen⁵⁵, unsinnigen Religionen und allen schlechten Dingen fernhalten und euch davor schützen. Junge Mudjahidin! Habt ihr schon einmal daran gedacht, wie ihr diese heiligen Aufgaben erfüllt?“*

Auf die Frage, wie dies zu bewerkstelligen sei, erteilte der Funktionär selbst die Antwort:

- „1. Mit einem festen und stahlharten Glauben.*
- 2. Mit lauterer Gesinnung.*
- 3. Mit einem unerschütterlichen Willen, der keine Ängste kennt.*
- 4. Mit unermüdlichem und wohl durchdachtem Arbeitseifer.*
- 5. Keinen anderen Weg einschlagen außer dem der Aufopferung und des Märtyrertums um Allahs Willen.“⁵⁶*

⁵⁴ Mit diesen Untertanen sind die Regierenden gemeint, die als Untertanen des höchsten Souveräns, nämlich Gott, betrachtet werden.

⁵⁵ Die Begriffe „batil“ („unbedingt Falsches“) und „haqq“ („unbedingt Richtiges“) gelten nach ERBAKAN als grundlegend für eine gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die westliche Zivilisation (Deutschland mit einbezogen) ist als „batil“ einzustufen. Das „Milli Gazete“-Motto *„Hak Geldi Batil Zail Oldu“* („Gekommen ist die Wahrheit - Verschwunden ist das Unrecht“) weist auf diese immer noch gültige Deutung hin.

⁵⁶ „Yeni Dünya“ vom Januar/Februar 2001.

Mit dem Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche in Form von Ferienbetreuung, Sportvereinen, Hausaufgabenhilfe und Koranlesewettbewerben mit Unterbringung in den vereinseigenen Moscheen verfolgt die IGMG Ziele, die weit über die Jugendarbeit hinausgehen. Es gilt, Jugendliche für die politische Ideologie zu gewinnen und sie von der Vorrangstellung der Gemeinschaft vor individuellen Belangen zu überzeugen. Bei der Vermittlung dieser besonderen „islamischen Identität“ werden die Probleme einer „Angleichung“ an die Nichtmuslime hervorgehoben, welche die IGMG strikt ablehnt. Ihr Bildungskonzept sieht die Erziehung zu einer islamistischen Weltanschauung vor. Es steht damit nach ihrer Auffassung im offenen Widerspruch zum „westlichen“ oder „imperialistischen System“. Durch den Entwurf eines klar umrissenen Feindbildes wird „dem Westen“ einseitig unterstellt, Jugendliche absichtlich moralisch zu verderben, um sie danach materiell umso besser ausbeuten zu können. Der zielgruppenorientierten Schulung und Strategie der IGMG-Mitgliederwerbung ist es zu verdanken, dass sie gerade auf junge, in Deutschland lebende Türken eine deutliche Anziehungskraft ausübt.

Bemerkenswert ist auch die erhebliche Finanzkraft der Organisation, die in Deutschland weiterhin bemüht ist, Immobilien zu erwerben, um neue „Stützpunkte“ aufzubauen. Dass sich die IGMG nicht nur aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, sondern auch über Mittel aus dem Bereich hier existenter türkischer beziehungsweise türkischstämmiger Unternehmerkreise verfügt, zeigt eine im Jahr 1998 in den Niederlanden durchgeführte IGMG-Jahresversammlung, die von einer „Silm Investment Holding“ unterstützt worden ist. Darauf, dass eine Verbindung zwischen dieser Gesellschaft und der IGMG besteht beziehungsweise zumindest in der Vergangenheit bestand, lassen mehrere Zeitungsberichte in der „Milli Gazete“ schließen. In diesen Berichten wurde die „Silm Investment Holding“ als Sponsor von Veranstaltungen der IGMG erwähnt. Außerdem wurden Angehörige dieser Gesellschaft genannt, die als Gastredner auf IGMG-Veranstaltungen auftraten.³⁷

Vorsitzender der IGMG war von April 2001 bis Oktober 2002 Dr. Mehmet Sabri ERBAKAN aus Köln, der zuvor langjähriger Generalsekretär der Organisation war und ein Neffe von Necmettin ERBAKAN ist. Zu seinem Nachfolger wurde der seitherige zweite Vorsitzende Osman DÖRING (auch als Yavuz Celik KARAHAN bekannt) erklärt. Anlässlich der Amtseinsetzung von Mehmet Sabri ERBAKAN erklärte der ehemalige türkische Justizminister Sevkett KAZAN auf der am 15. April 2001 durchgeführten Hauptversammlung der IGMG in Hagen, dass die „Milli Görüş“ als Organisation nicht nur der Stolz der

Türkei sei, sondern der Stolz der „islamischen Welt mit ihren 3 Milliarden [sic!] Menschen“. Damit wurde deutlich, dass die von Verteidigern und Befürwortern der IGMG behauptete Ausrichtung auf einen „integrativen europäischen Islam“, der unabhängig von den politischen Tendenzen der Heimatländer sei, als Propagandaparole aufzufassen ist.

Die IGMG versteht sich grundsätzlich als Sammelbecken islamischer Auslands-türken in Europa, unterhält jedoch in der Türkei keine eigenen Strukturen. Die Organisation verfolgt ihre Einflussnahme zur Durchsetzung islamistischer Positionen im Bundesgebiet mit unterschiedlichsten Mitteln: So versucht sie immer wieder, Entscheidungsträger in den deutschen Parteien und in der Politik für ihre Ziele zu gewinnen. Außerdem äußert sie sich in öffentlichen Erklärungen zunehmend (vermeintlich) positiv über die Bereitschaft ihrer Mitglieder zur Integration in und Assimilation an die deutsche Gesellschaft und versichert, sie werde das Grundgesetz achten. Zweifel hinsichtlich der Ernsthaftigkeit solcher Äußerungen bestehen jedoch, da die Organisation den Integrationswillen von der Gewährung „uneingeschränkter Religionsfreiheit“, wie sie diese interpretiert, abhängig macht. Dieses Streben nach uneingeschränkter Religionsausübung, also nach verpflichtender Anerkennung von Koran und Scharia, steht jedoch im unlöslichen Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Bei der Verwirklichung ihrer Ziele nutzt die IGMG gezielt andere, unbelastete Organisationen, um über sie Einfluss auszuüben. Bewusst werden vorhandene Verbindungen verheimlicht, um zu vertuschen, dass hinter einer scheinbar renommierten Einrichtung eigentlich die IGMG steht. So unterliegt beispielsweise der „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (altpreussischer Tradition) e.V.“ ebenso dem Einfluss der IGMG wie das mit dem Islamrat eng zusammenarbeitende „Zentralinstitut Islamarchiv Deutschland“ im nordrhein-westfälischen Soest. Dieses scheute sich in der Vergangenheit nicht, selbst der sich als „Kirche“ bezeichnenden „Scientology-Organisation“ Unterstützung bei der propagandistischen Bekämpfung staatlicher deutscher Institutionen zu gewähren. Kontakte bestehen auch zur „Anti-Ahmadiya-Bewegung“ („Aalami Majlis-i Tahaffuz-i Khatm-e Nabuwwat“)³⁸, deren Vorstellungen von „Religionsfreiheit“ in unvereinbarem Gegensatz zum Grundgesetz stehen.

Ebenso wenig fehlen Kontakte zur „Muslimbruderschaft“ (MB)³⁹. Hervorzuheben ist außerdem die Verbindung zu deutschen Muslimen, insbesondere in

³⁷ „Milli Gazete“ vom 10./11. Oktober 1998, 28. Januar 1999, 23. März 1999, 20. April 1999 und 7. Juni 1999.

³⁸ „Weltrat zur Bewahrung des prophetischen Siegels“ - Programmatischer Name einer pakistanischen Organisation, die sich die Bekämpfung der von der Orthodoxie abweichenden Gruppe Ahmadiya Muslim Jamaat (vgl. S. 41) zur Aufgabe gemacht hat.

³⁹ Vgl. S. 27ff.



Weimar, die aus ihrer Unterstützung für die türkischen Islamisten keinen Hehl machen und die wirtschaftliche Ordnung in Deutschland fundamental kritisieren.

Als Sprachrohr der IGMG dient die türkische Tageszeitung „Milli Gazete“. Seit Januar 1995 erscheint zudem monatlich ein teilweise mit deutschen Artikeln versehenes eigenes Nachrichtenblatt, seit Januar 2005 unter dem Namen „IGMG Perspektive“.

3.3 „Der Kalifatsstaat“, auch „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.“ (ICCB)

Die islamistische Vereinigung „Der Kalifatsstaat“ („Hilafet Devleti“) sowie 19 Teilorganisationen und die dazugehörige Stiftung „Diener des Islam“ („Stichting Dienaar aan Islam“) wurden im Dezember 2001 vom Bundesminister des Innern verboten. Möglich wurde das Verbot durch die Streichung des so genannten Religionsprivilegs⁶⁰ im Vereinsgesetz. Die Organisation war mit zirka 300 Anhängern auch in Baden-Württemberg vergleichsweise stark vertreten, befand sich aber dennoch in einem relativ zerrütteten Zustand. Der verbliebene „harte Kern“ der Anhängerschaft war dazu übergegangen, sich innerhalb informeller Zirkel zu bewegen, die nach außen hin ihre Verbindung zum „Kalifatsstaat“ verschleierten. Im September 2002 wurden dann bundesweit weitere 16 Vereine verboten, bei denen aufgrund des gefundenen Materials eine unverkennbare Nähe zum Gedankengut des „Kalifatsstaats“ festgestellt werden konnte. Öffentliche Aktivitäten des „Kalifatsstaats“, die über die Verbreitung von Schriftgut hinausgingen, waren im Jahr 2003 nicht festzustellen, jedoch belegte das Erscheinen der Publikationen „Beklenen ASR-I SAADET“ und „DER ISLAM ALS ALTERNATIVE“ das Weiterbestehen der Organisation. Am 11. Dezember 2003 führten Polizeikräfte daher bundesweit Durchsuchungen in mehr als 1.100 Räumlichkeiten durch. Allein in Baden-Württemberg waren 323 Objekte betroffen, wobei neben umfangreichem Schriftgut und Propagandamaterial auch Waffen sichergestellt wurden.

Der ICCB war 1984 als Abspaltung aus der „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.“ (AMGT) hervorgegangen. Er richtete sich gegen die Trennung von Religion und Staat, gegen demokratisch legitimierte Parteiensysteme sowie gegen den Staat Israel. In aggressiver Weise wandte sich der „Kalifatsstaat“ gegen die verfassungsmäßige Ordnung, insbesondere gegen das Demokratie- und das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes. Mit seiner Hetze unter anderem gegenüber der Türkei und Israel verstieß er gegen den Gedanken der Völkerverständigung. In dem Presseorgan des Verbands, der Zeitschrift „Ümmet-i Muhammed“ (Die Gemeinde Muhammad), sprach sich der ICCB für die Beseitigung wesentlicher demokratischer Elemente aus und forderte nach iranischem Vorbild zum Umsturz der bestehenden türkischen Staatsordnung auf. Seit dem Tod des charismatischen ICCB-Führers Cemalettin KAPLAN („Khomeini von Köln“) im Jahr 1995 sorgten vor allem interne Auseinandersetzungen für eine Radikalisierung der Organisation. Der selbst ernannte „Kalif“⁶¹ des „Kalifatsstaats“, Metin KAPLAN, war bereits am 15. November 2000 zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Das Gericht hatte es als erwiesen angesehen, dass KAPLAN zur Tötung des „Gegenkalifen“, Dr. Ibrahim SOFU, aufgerufen hatte. In dem gegen SOFU ausgesprochenen Rechtsgutachten (arabisch: Fatwa) hieß es:

„Dieser Mann wird zur Reuebekundung gebeten. Wenn er nicht Reue bekundet, dann wird er umgebracht.“

Die zunächst deutliche Verurteilung der Terrorangriffe in den USA vom 11. September 2001 durch den „Kalifatsstaat“ hatte vorrangig taktische Gründe. Denn der Verband musste nach diesen Anschlägen einräumen, dass sich eine „Delegation“ des ICCB bereits 1997 in Afghanistan „zufällig“ mit Usama BIN LADIN⁶² getroffen hatte. Dieses Eingeständnis zeigte, dass die Zweifel an der unmittelbar vor dem Verbot demonstrativ betonten friedlichen Haltung berechtigt waren. Ähnlich wie viele islamistische Gruppierungen vermutete auch der ICCB als Urheber des Terrorakts eher einen westlichen Geheimdienst als BIN LADIN. Auch diese Wertung scheint wenig zufällig, da für die Anhänger des „Kalifen“ die Taliban Afghanistans sowie der Iran als Vorbilder für die Gründung eines islamischen Staates galten. So wurde in der „Ümmet-i Muhammed“ vom 29. März 2001 darauf hingewiesen, dass bei der Machtübernahme Khomeinis im Iran die Schah-Darstellungen „auf die Müllhalde der Geschichte“ geworfen worden seien. Nachdem die Taliban in Afghanistan die Buddhas zerstört hätten, seien als Nächstes die Atatürk-Symbole in der Türkei an der Reihe.

⁶⁰ Bis zu seiner Abschaffung schützte das Religionsprivileg im Vereinsgesetz Religionsgemeinschaften generell vor einem Verbot - auch dann, wenn sie von Extremisten gesteuert oder maßgeblich beeinflusst wurden.

⁶¹ „Nachfolger“ oder „Stellvertreter des Propheten“ und damit spirituelles und weltliches Oberhaupt.

⁶² Vgl. S. 17ff.

Bezeichnend für islamistische Organisationen ist das Bestreben, den Islam „erneuern“ zu wollen und festzulegen, was als islamisch gilt beziehungsweise was nicht. In dieses Handlungsmuster lässt sich auch die Interpretation einer Koransure durch Cemaleddin KAPLAN einreihen. In der „Ümmet-i Muhammed“ erschien dieser Text am 22. Februar 2001. Darin fordert der Verfasser Sanktionen für alle Handlungen, die er für „unislamisch“ hält. Die „Säuberung“ des islamischen Umfelds nimmt zum Teil absurde Züge an, indem beispielsweise die Anerkennung der islamischen Zeitrechnung verlangt wird, wie auch „die Kalender der Götzendiener“⁶³ auf den Müll zu werfen und „sich einen Kalender der Scharia, von dem unsere Gemeinde genügend Exemplare hergestellt hat“, zu besorgen. Außerdem wird die Untrennbarkeit von Staat und Religion gefordert. Alle diejenigen, die dies nicht beachteten, würden als „Feinde“ angesehen, selbst wenn es sich dabei um nächste Familienangehörige handle. Faschismus, Kapitalismus, Laizismus und Demokratie seien nach der Ausführung Kaplans „Götzen“ und würden vom Koran nicht anerkannt. Zwischen den „Götzensystemen“ und der Scharia stehe eine unüberwindbare Trennlinie. Die Demokratie sei als „Teilnahme an Wahlen“ zu definieren und als „Götzendienst“ anzusehen. Wähler seien demnach vom Islam abgefallene „Götzendiener“.

Kein Zweifel wird offen gelassen, dass die so genannten Ungläubigen zu bekämpfen seien:

„Es ist eine kanonische Pflicht, gegen die Ungläubigen den Dihad zu führen... selbst wenn nicht die Ungläubigen es sind, die den Krieg begonnen haben.“⁶⁴

Wie sich bereits aus dieser Formulierung ergibt, versteht der ICCB unter „Dihad“⁶⁵ nicht nur ein friedliches Vorgehen. Im verbandseigenen Fernsehsender „Hakk-TV“ wurde am 15. April 2001 eine Sendung ausgestrahlt, in der das Marschlied „Allah ist erhaben - der Prophet ist der Wegweiser“ den Abschluss bildete. Darin hieß es:

„Die Dihad-Zeit ist gekommen, nimm deine Waffe in die Hand. Binde dir die Munition um die Taille, schnell, schnell zur Front... Die Tür des Märtyrertums ist vollkommen geöffnet, der Weg zum Paradies beginnt an dieser Tür.“

⁶³ Gemeint sind die „Nicht-Muslime“.

⁶⁴ „Ümmet-i Muhammed“ vom 15. März 2001.

⁶⁵ Vgl. S. 31, Fußnote 33.

Der Hauptfeind des „Kalifatsstaats“ ist „der Jude“. Noch am Tag des Verbots der Organisation waren in den Vereinsräumen des ICCB antijüdische Flugblätter in deutscher Sprache zur Verbreitung bereitgelegt, wie folgendes Beispiel zeigt:

„Es gibt die Hauptfeinde des Islam: Kommunismus, Kemalismus und Demokratie! Diese drei Feinde, geführt durch die gleiche Zentrale, d.h. die zionistische Zentrale, starteten in drei Fronten einen Angriff auf die Religion und die Moral... Jawohl! Der Jude hat systematisch versucht, durch diese Diktatoren die gläubigen Muslime zu unterdrücken, ihre Glaubensgefühle absterben zu lassen.“



Publikation „Barika-i Hakikat“

Die Publikation „Ümmet-i Muhammad“ wurde am 12. Dezember 2001 verboten. Als ihre Nachfolgerin erschien zunächst „Beklenen ASR-I SAADET“ (Das erwartete Zeitalter der Glückseligkeit), ab März 2004 die „Barika-i Hakikat“ (Das Aufleuchten der Wahrheit). Im Oktober 2004 wurde Metin KAPLAN in die Türkei abgeschoben und dort wegen Hochverrats angeklagt. Am 20. Juni 2005 wurde er zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

3.4 „Front der Kämpfer für den Islamischen Großen Osten“ (IBDA-C)

Die „Front der Kämpfer für den Islamischen Großen Osten“ („İslami Büyükdoğu Akıncılar Cephesi“, IBDA-C) wurde im Jahr 1985 gegründet und gilt als die militanteste islamistische Gruppierung in der Türkei. Ziele der IBDA-C sind die Zerstörung der laizistischen Grundordnung der Türkei und letztendlich die Errichtung eines „Weltstaats der Sunniten“ mit dem Zentrum Istanbul und der Scharia als Rechtssystem. Die IBDA-C ist antijüdisch und antischiitisch. Salih MIRZABEYOGLU⁶⁶, der Führer der IBDA-C, ist Schüler des 1983 verstorbenen mystischen Dichters Necip Fazıl KISAKÜREK. Dieser in islamistischen Kreisen hochgeschätzte Gelehrte legte mit seinem Werk „Büyük Dogu“ (Großer Osten) die theoretischen Grundlagen für die IBDA-C. Seine utopische Idee war es, mehrere islamische Länder in einem großen islamischen Einheitsstaat zu assoziieren. MIRZABEYOGLU fügte der Vision seines Vorbilds ein pragmatisches und gewaltsames Konzept zu, was auch im Namen der Organisation zum Ausdruck kommt.

⁶⁶ Sein eigentlicher Name lautet İzzet ERDİS.

MIRZABEYOGLU fordert von seinen Anhängern eine Verstärkung der Gewalt, da man durch die „islamischen Idealisten“ beziehungsweise islamische Parteien nur Zeit vergeudet habe. Im Internet und in der Zeitschrift „Beklenen Yeni Nizam“ (Erwartete Neue Ordnung), die seit Juli 2001 in Istanbul erscheint, wird er zum Helden verklärt. Im Fußtext dieser Zeitschrift heißt es:

„Weder der Götzenmann [Gemeint ist Atatürk als Gründer der Republik!] noch Bigotte noch der Graue Wolf, sondern eine Neue Ordnung, ein Neuer Mensch und eine Neue Heimat [ist MIRZABEYOGLU].“

Das Erscheinungsbild MIRZABEYOGLUs erinnert sehr an den kubanischen Revolutionär Che Guevara; die Erweiterung der Organisationsbezeichnung durch C („Cephe“ - „Front“) ist ein Element, das ansonsten nur von linksextremistischen Gruppen bekannt ist. Der Deutschlandvertreter der IBDA-C-Zeitschrift „Beklenen Yeni Nizam“ schreibt in seiner Kolumne unter der Überschrift „Der Zerfall des Westens“, dass sich die westliche Zivilisation am Rande eines gesellschaftlichen Zerfalls befinde:

„(...) Der Westen kann sich nicht erneuern. Er imitiert den Islam und stellt sich doch gegen ihn und so will er sich am Leben halten. Wenn man es aus diesem Blickwinkel betrachtet, liegt die Erneuerung des Westens in der Erneuerung des islamischen Denkens. Dies hat wiederum MIRZABEYOGLU am Besten analysiert. Damit der Westen erneuert werden kann, muss die gesamte westliche Zivilisation im Namen des Westens zur Rechenschaft gezogen werden. Der Osten und der Islam, der einzige Vertreter des Ostens, sehnt sich nach seiner ruhmreichen alten Zeit. Der gesamte Westen muss MIRZABEYOGLU folgen. Diejenigen, welche die Erneuerung des Christentums suchen, das von Juden gefälscht wurde, müssen ihre Augen auf die Berge von Bolu⁶⁷ richten und auf ihn warten, bis er aus seiner ‚Höhle‘ herauskommt. Für sie soll es eine Ehre sein, vor dieser Höhle als ‚Siebenschläfer‘ zu warten.

⁶⁷ In der Nähe von Ankara. Bei diesem Gebiet handelt es sich um eine Zufluchtsstätte, die zugleich Trainingsgebiet für die Kämpfer der IBDA-C ist.

Ihr werdet sehen, wie jede Offensive den Westen und ihre Handlanger erschüttern wird (...).

Ihr werdet erkennen, wer steht und wer marschiert!

*Habt Geduld, unsere Zeit kommt wieder!*⁶⁸

Gleichwohl stammen MIRZABEYOGLUs politisch-ideologische Wurzeln aus dem nationalistisch-islamistischen Spektrum. In den 70er Jahren gehörte er der von Necmettin ERBAKAN⁶⁹ geführten „Milli Selamet Partisi“ (MSP, Nationale Heilspartei) an. Danach gründete er die IBDA-C, weil die MSP vielen Muslimen zu gemäßigt war. Im Herbst 1998 wurde MIRZABEYOGLU von türkischen Sicherheitskräften gefasst. Er agierte innerhalb der Justizvollzugsanstalten weiter und nutzte die Sammelzellen und Massenbelegungen zur Rekrutierung neuer Anhänger sowie zur technischen und ideologischen Schulung. Mehrfach stiftete er zu blutigen Gefängnisrevolten an. Im März 2001 wurde MIRZABEYOGLU zum Tode verurteilt.⁷⁰

Seit Anfang 1994 trat die Gruppierung in der Türkei mit einer Vielzahl von Brand- und Sprengstoffanschlägen in Erscheinung, die überwiegend auf Banken und staatliche Einrichtungen durchgeführt wurden. Abgesehen von gelegentlichen Plakatierungsaktionen trat sie in Deutschland bis 1996 kaum in Aktion. Im Oktober 1999 entführten acht Aktivisten der IBDA-C in Kassel einen wenige Stunden vorher aus Istanbul eingereisten Geschäftsmann einer türkischen Firma. Für die Freilassung forderten die Täter von der Firma des Entführten ein hohes Lösegeld. Dem Opfer gelang am nächsten Tag die Flucht.

Im April 2001 explodierte vor dem Gebäude des türkischen Generalkonsulats in Düsseldorf eine Splitterhandgranate. Der türkischen Tageszeitung Star in Offenbach teilte ein Anrufer mit, dass die IBDA-C den Anschlag verübt habe. Die Organisation habe damit gegen die Verurteilung des Führers der IBDA-C in der Türkei ein Zeichen setzen wollen. Weitere Anschläge wurden angekündigt.

Im November 2003 wurden Selbstmordattentate gegen jüdische und britische Einrichtungen in Istanbul⁷¹ verübt. Diese verheerenden Bombenattentate kosteten mindestens 61 Menschen das Leben. Die IBDA-C hat sich neben der „al-

⁶⁸ „Beklenen Yeni Nizam“ Nr. 6 vom September 2003.

⁶⁹ Vgl. S. 45ff.

⁷⁰ Das Todesurteil wurde nicht vollstreckt.

⁷¹ Vgl. S. 24.

Qaida“ zu den Anschlägen bekannt. Inwieweit es eine Kooperation, eine Nutzung der Potenziale der IBDA-C durch „al-Qaida“ gibt, bedarf weitergehender Nachforschungen.

3.5 Nutznießer der islamischen Bewegung: Der türkische Rechtsextremismus

Der religiöse Aspekt tritt auch bei der „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF)/„Deutsche Türk Föderation“ (ATF) verstärkt in den Vordergrund. Sie ist eine extrem nationalistische türkische Gruppierung, die allgemein als „Graue Wölfe“ bezeichnet wird und ihre politische Heimat bei der türkischen Mutterorganisation „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) hat.

Sowohl in der Türkei als auch in Deutschland waren ihre Funktionäre in den letzten Jahren bemüht, sich vom Image der Gewalttätigkeit zu lösen. Vor allem wegen der „Susurluk-Affäre“⁷² wurden Anstrengungen unternommen, sich in der Öffentlichkeit von Gewaltanwendung zu distanzieren.

Die islamische Ausrichtung der ADÜTDF hat sich in den letzten Jahren verstärkt. So instrumentalisiert sie zunehmend den Islam, um Sympathisanten der islamistischen Konkurrenz abzuwerben. Pantürkisches und rechtsextremistisches Ideengut überwiegen bei den „Grauen Wölfen“ jedoch gegenüber islamistischen Positionen. Auf der Internet-Homepage⁷³ des ADÜTDF-Vereins in **Göppingen** wurde die Zielrichtung seiner Ideologie so formuliert:

„Türkei den Türken!“ Wir, die idealistische Jugend, schwören auf den Koran, Allah, Vaterland, Nation, Fahne, Basbug⁷⁴ und die Waffe, dass wir den Faschismus, Kommunismus, Kapitalismus und jede Art von Imperialismus bis zum letzten Atemzug, Blutstropfen und bis zum letzten Mann bekämpfen werden. Dabei werden wir alle Hindernisse aus dem Weg räumen. Unser Ziel ist eine nationalistische Türkei und Turanismus⁷⁵. Wir werden siegen.“

⁷² In der Ortschaft Susurluk (Türkei) kam es am 3. November 1996 zu einem folgenschweren Verkehrsunfall, bei dem durch die daran Beteiligten deutlich wurde, dass Verbindungen zwischen Politikern, hohen Polizeibeamten, Kriminellen und Angehörigen der MHP bestehen.

⁷³ Stand: Dezember 2001.

⁷⁴ Basbug ist eine andere Bezeichnung für den 1997 verstorbenen charismatischen Führer der MHP, Alparslan Türkeş.

⁷⁵ Vereinigung aller Turkvölker unter der Führerschaft der MHP-„Idealisten“.

Die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 wurden zwar innerhalb der Organisation verurteilt und die Opfer bedauert. Trotzdem konnten einzelne ADÜTDF-Angehörige eine gewisse Genugtuung nicht verbergen, zumindest was den Anschlag auf das Pentagon betraf.

Der ADÜTDF/ATF dient als Presseorgan das monatlich erscheinende „Türk Federasyonu Bülteni“ (Verbandsorgan der türkischen Föderation), außerdem sind regelmäßig Veranstaltungshinweise und Berichte in der religiös-nationalistischen Tageszeitung „Türkiye“ (Die Türkei) zu finden.

4. Iranische Organisationen

□ Die Opposition gegen die Islamische Republik Iran

Am 2. Mai 2002 wurde auf Beschluss des Rates der Europäischen Union (EU) die „Modjahedin“-e Khalq Organisation“ („Organisation von Volksmodjahedin Iran“ oder PMOI = People's Movement of Iran) in die Liste der terroristischen Organisationen aufgenommen. Die „National Liberation Army of Iran“ (NLA), der militante Flügel der PMOI, der „National Council of Resistance“ (NCR) und die „Muslim Iranian Student's Society“ sind dort ebenfalls aufgelistet.

Die PMOI hatte vor dem Irak-Krieg ihre Basis in Bagdad/Irak und verfügte dort in mehreren Lagern mit der „Nationalen Befreiungsarmee“ (NLA) über einen militärischen Arm. Angriffe und Anschläge auf Einzelpersonen und Einrichtungen in Iran, die häufig Tote und Verletzte forderten, wurden von dieser iranischen Oppositionsgruppe in Pressemitteilungen legitimiert. Bereits im Vorfeld des Irak-Kriegs verließen zahlreiche Angehörige der NLA den Irak und sickerten teilweise auch in Europa ein.

In der Vergangenheit führte die PMOI auch gewalttätige Aktionen gegen iranische Einrichtungen in Deutschland durch. Das Unterhalten einer solchen „Befreiungsarmee“ und das Anwerben von Rekruten für diese Truppen verdeutlichen die Militanz dieser Organisation.

Die „Volksmodjahedin“ entstanden bereits 1965, als sich junge Intellektuelle in Iran im Geheimen zusammenschlossen. Diese Vereinigung entwickelte sich als eine Gruppe der Anti-Schah-Bewegung zu einer revolutionär-marxistischen Kaderorganisation mit einer eigenen Ideologie, die islamistisches Gedankengut schiitischer Prägung mit sozialistischen Ideen und iranischer nationaler Symbolik

⁷⁶ Persische Schreibweise, vgl. S. 16, Fußnote 14.

lik verknüpfte. Vor allem die Lehren des zeitgenössischen Gelehrten Dr. Ali Schariati, der die revolutionären Wesenszüge des schiitischen Islam betonte, beeinflussten die Gründer der „Volksmodjahedin“.



Maryam RADJAVI

Die Strukturen der Organisation unter der derzeitigen Leitung von Masud RADJAVI sind totalitär und undemokratisch. Darauf weist die streng hierarchische Kaderstruktur mit entsprechendem Führerkult um das Ehepaar Masud und Maryam RADJAVI hin. Doch trotz großen propagandistischen Aufwands scheint die Bedeutung der PMOI zurückgegangen zu sein. Sie versteht sich als „*einzig demokratische Alternative*“ zur Regierung in Iran und lehnt jede Zusammenarbeit mit anderen Oppositionsgruppen ab. In ihnen sieht die PMOI lediglich „*Handlanger*“, „*Söldner*“ oder „*Agenten des Regimes*“. Dadurch ist sie innerhalb der iranischen Opposition seit längerem isoliert.

Besonders seit Veröffentlichung der EU-Liste ist die PMOI bestrebt, ihren extremistischen Ruf dadurch abzulegen, dass sie sich über den von ihr gelenkten und international tätigen „Nationalen Widerstandsrat Iran“ (NWRI) an die Öffentlichkeit wendet. Diese Organisation bildet den politischen Arm der Bewegung. Sie war als scheinbar parteiübergreifende demokratische Sammlungsbewegung 1981 in Paris gegründet worden. 1993 rief das vom NWRI geschaffene Exilparlament Maryam RADJAVI zur „*künftigen Präsidentin des Iran*“ aus. Bei entsprechenden Großveranstaltungen werden ihre Reden auf Großleinwand übertragen.

In Deutschland ist der NWRI seit 1994 vertreten. Die Zahl der Sympathisanten und Mitglieder wird bundesweit auf etwa 1.500 geschätzt. Dies sind nicht einmal 2% der in Deutschland lebenden zirka 116.000 iranischen Staatsangehörigen. In Baden-Württemberg engagieren sich etwa 70 Aktivisten, die bei Veranstaltungen durch zahlreiche Sympathisanten unterstützt werden.

Zu den wichtigsten Aktivitäten des NWRI in der Bundesrepublik Deutschland zählen Geldbeschaffung und politische Agitation. Unter dem Deckmantel von Scheinorganisationen und -vereinen werden bis heute Spendensammlungen durchgeführt. Es ist zu vermuten, dass die angeblich für humanitäre Zwecke (Flüchtlingshilfe, iranische Waisenkinder usw.) gesammelten Gelder in die politische Arbeit und den bewaffneten Kampf der Zentrale in Bagdad fließen.

Einmal wöchentlich gibt der NWRI die Zeitung „Modjahed“ (Kämpfer) heraus. Auf Englisch erscheint die Wochenzeitung „Liberation“, die auch im Internet publiziert wird. Immer wieder gelingt es dem NWRI, eine größere Zahl an Sympathisanten für Großdemonstrationen und Großveranstaltungen wie etwa ein Benefizkonzert am 18. Oktober 2003 in der Dortmunder Westfalenhalle zu mobilisieren. Bei Besuchen iranischer Delegationen und Politiker in Deutschland kam es wiederholt zu Störaktionen. So versammelten sich zum Beispiel mehrere Tausend Demonstranten in Köln, Brüssel, Kopenhagen und in Luxemburg, um gegen die „EU-Terrorliste“ zu protestieren. Mit Unterschriftenaktionen gegen Besuche deutscher Politiker in Iran wird versucht, Sympathisanten für die eigene Sache zu gewinnen. Verstärkt bemüht sich der NWRI aber auch um Solidaritätsbekundungen europäischer Politiker, um wieder von der „Terrorliste“ gestrichen zu werden.

Einen Höhepunkt in der öffentlichen Wahrnehmung erreichte diese iranische Oppositionsgruppe, nachdem es am 17. Juni 2003 zu Durchsuchungen und Verhaftungen in ihrer Europazentrale in der Nähe von Paris kam. In der Folge wurden in vielen europäischen Hauptstädten Solidaritätskundgebungen und Mahnwachen abgehalten. Die Polizeiaktion, die vermeintlichen Terroranschlägen in Frankreich zuvorkommen wollte, führte zur zeitweisen Inhaftierung der Vorsitzenden Maryam RADJAVI. Als Reaktion hierauf traten in den folgenden Tagen mehrere Anhänger in einen Hungerstreik. Am 20. Juni 2003 kam es zu mehreren Selbstverbrennungen vor französischen Botschaften in europäischen Hauptstädten.



Internetbanner der PMOI

Ein weiteres wichtiges Ziel des NWRI ist die Aufdeckung von Aktivitäten des „*Geheimdienstministeriums des klerikalen Regimes*“ in Iran. Man betrachtet sich als Opfer einer Desinformationskampagne, die sich an die im Exil lebenden Iraner richtet. Die PMOI verfügt über eine nachrichtendienstliche Abteilung, um Verräter in den eigenen Reihen zu enttarnen. Aufgrund der inneriranischen Flügelkämpfe zwischen Reformkräften um den Staatspräsidenten Khatami und den Konservativen um Khamenei sieht die PMOI erneut eine Chance zum Eingreifen in das Geschehen in Iran. In den Publikationen und im Internetauftritt der PMOI wird das „Mullahregime“ als kurz vor dem Zusammenbruch stehend geschildert.

Nach dem Ende des Irakkriegs und der drohenden Vertreibung durch die irakische Übergangsregierung ist die Möglichkeit, dass den „Volksmodjahedin“ die Basis im Irak entzogen wird, viel größer geworden. Diese iranische Organisation ist an einem Wendepunkt angekommen. Es ist nicht vorhersehbar, wie ihre Verantwortlichen auf die Bedrohung reagieren werden. Mit dem Entzug der Basis im Irak wird die Frage des Verbleibs der letzten aktiven Anhänger drängender. Es ist damit zu rechnen, dass Flüchtlinge, ehemalige Kader und Kämpfer versuchen werden, nach Europa zu gelangen, um dort bei Anhängern Unterschlupf zu erhalten. Sollte es zum Einziehen der Gelder dieser Organisation kommen, würde den „Volksmodjahedin“ auch die finanzielle Basis wegbrechen, was möglicherweise durch noch intensivere Spendensammlungen ausgeglichen werden könnte.

5. Konvertiten - Deutsche Neu-Muslime

Die Zahl der Deutschen, die zum Islam übergetreten sind, wurde 2002 mit 11.000 beziffert.⁷⁷ Diese geringe Zahl umfasst aber nur jene Muslime, deren Übertritt mit einer Urkunde im Islamarchiv dokumentiert wurde. Da die Annahme des Islam ein sehr formloser Akt ist, nämlich das Aufsagen des Glaubensbekenntnisses in Anwesenheit zweier Zeugen, wird die Zahl an anderer Stelle mit 40.000 Personen angegeben. Damit ist die Konversion zum Islam in Deutschland ein Randphänomen.

Die Annahme des Islam geschieht in den meisten Fällen durch Heirat mit einem muslimischen Partner. Etwa zwei Drittel der Konvertiten sind daher Frauen mit einem muslimischen Ehepartner. Als weiteres Motiv für den Übertritt gilt die „religiöse Suche“. Nachdem sie Erfahrungen mit den unterschiedlichsten, oft esoterischen Glaubensvorstellungen gesammelt haben, wenden sich einige Suchende dem Islam zu, der durch klare Vorschriften eine besondere Anziehungskraft für diese Gruppe besitzt. Häufig wird auf die Einhaltung der religiösen Regeln in Kreisen der Neumuslime streng geachtet. Konvertiten unterliegen der Gefahr, Eiferer zu werden, da sie ihrer Umwelt und den in die Religion Hineingeborenen die Ernsthaftigkeit ihrer Entscheidung beweisen wollen. Der Übertritt zum Islam kann aber auch Ausdruck einer Ablehnung der westlich-liberalen Gesellschaft sein. In dieser Gruppe von Konvertiten glaubt man, dass zum Beispiel die Einhaltung muslimischer Kleidungsvorschriften zur Moralisierung der Gesellschaft beitragen kann. Hier wird dann streng traditionell argumentiert, wenn Frauen durch ihre Verschleierung ein moralisches Zeichen setzen sollen.

⁷⁷ Die Tageszeitung (taz) vom 8. März 2002 und Spuler-Stegemann, Muslime in Deutschland, Freiburg, Basel, Wien 2002, S. 309.

Seit einigen Jahren haben die Missionierungsbemühungen verschiedener islamistischer Gruppierungen zugenommen. Es zeichnet sich ein Trend ab, dass vor allem junge, mit den gesellschaftlichen Umständen unzufriedene Deutsche geworben werden sollen. Hier besteht die Gefahr, dass insbesondere junge Männer der Faszination der kämpfenden Mudjahidin unterliegen und sich dann auch terroristischen Zellen anschließen könnten. Als Randerscheinung tauchen im Bereich der vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierungen Neumuslime mit starken Sympathien für islamistische Strömungen auf, die sich mit deren politischen Positionen identifizieren.

□ Murabitun

Die Murabitun sollen hier als eine besonders rege politische und sektenartige Gruppierung, die von Konvertiten geprägt wird, vorgestellt werden. Der schottischstämmige Ian DALLAS, der sich in Marokko einem Sufi-Orden anschloss und sich seither Scheich Abdulqadir as-Sufi al-Murabit nennt, gilt als Gründer der Murabitun. In seinen Schriften lehnt er Verfassungen generell ab:

„Der Konstitutionalismus ist nicht islamisch, er ist freimaurerisch und demzufolge jüdisch.“

Zu Beginn der 90er Jahre bildete sich eine kleine Gruppe deutscher Muslime im Umfeld dieser Bewegung. Sie fällt durch antisemitische Äußerungen auf, die aus rechtsextremistischen Zusammenhängen bekannt sind, hier aber als islamische Religionsäußerungen verstanden werden. Dieser Zirkel propagiert für seine Zwecke die Lektüre der Werke von Ernst Jünger, Carl Schmitt und Martin Heidegger und rückt dadurch in die Nähe der Konservativen Revolution. Der ideologische Ansatz ist damit unverkennbar. Einem Mitglied dieser Gruppe gelang es, als Neumuslim zum stellvertretenden Vorsitzenden im von der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG)⁷⁸ dominierten „Islamrat“ aufzusteigen. Dieser Kreis von Murabitun-Anhängern ist politisch sehr aktiv und gibt zum Beispiel die „Islamische Zeitung“ (IZ) heraus, die auf ihrer Homepage auch für die Bücher des Auschwitzleugners und Weltverschwörungstheoretikers Harun YAHYA geworben hat. Auf Sommerlagern nach Pfadfinderart für Muslime in der deutschsprachigen Schweiz werden in Vorträgen die antikapitalistischen gesellschaftlichen Theorien der Murabitun verbreitet. Zentraler Punkt ist dabei das Wucherverbot im Islam, das zur Grundlage eines gerechten Wirtschaftssystems erhoben wird. In den Vorstellungen dieser Gruppierung kommt ein deutsch-konvertierter Islamismus zum Ausdruck, dessen Nähe zu rechtsextremistischem Gedankengut unverkennbar ist.

⁷⁸ Vgl. S. 45ff.

6. Weiterführende Literatur

Die nachstehende Auswahl vermag nicht annähernd das breite Spektrum des Schrifttums zu Islam, Islamismus und zur Situation der Muslime in Deutschland wiederzugeben. Sie soll hierzu nur Anregungen für eine vertiefende Lektüre anbieten. Dabei ist mit der Auswahl weder eine Wertung verbunden, noch geben die aufgeführten Titel in jedem Fall die Meinung oder Auffassung des Landesamts wieder.

- Al-Azmeh, Aziz **Die Islamisierung des Islam**
Imaginäre Welten einer politischen Theologie
Frankfurt a. M., New York 1993.
- APuZ: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 37/2003)
(Schwerpunkt: Der Islam im Dilemma der arabischen Welt)
- APuZ: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 3-4/2002)
(Schwerpunktheft zu Islam und Islamismus)
- Bundesamt für Verfassungsschutz & Bundesnachrichtendienst
Deutschland im Blickpunkt extremistischer und terroristischer Ausländergruppierungen.
Bonn 1995.
- Bundesministerium des Innern:
Islamismus.
Berlin 2003 (Texte zur inneren Sicherheit).
- Cook, Michael **Der Koran.**
Eine kurze Einführung.
Stuttgart 2002 (Reclam 18232).
- Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode
Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der Abgeordneten ... zum **Islam in Deutschland.**
Berlin 2000 (Drucksache 14/4530).
- Dufner, Ulrike **Islam ist nicht gleich Islam.**
Die türkische Wohlfahrtspartei und die ägyptische Muslimbruderschaft, ein Vergleich.
Opladen 1998.

- Elger, Ralf u.a. (Hrsg.) **Kleines Islam-Lexikon: Geschichte Alltag Kultur.**
München 2001 (C.H. Beck, auch: Sonderausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 383).
- Ende, Werner/Steinbach, Udo (Hrsg.)
Der Islam in der Gegenwart. Entwicklung und Ausbreitung.
4. Auflage. München 1996.
- Feindt-Riggers, Nils/Steinbach, Udo
Islamische Organisationen in Deutschland.
Eine aktuelle Bestandsaufnahme.
Hamburg 1997.
- Fürtig, Henner **Kleine Geschichte des Irak.**
München 2003 (Beck'sche Reihe 1535).
- Glosemeyer, Iris **Jemen: Mehr als ein Rückzugsgebiet für al-Qa'ida.**
Hamburg 2003
(Deutsches Orient-Institut: DOI-Focus Nr. 10, April 2003).
- Grundmann, Johannes **Islamische Internationalisten.**
Strukturen der Muslimbruderschaft und der islamischen Weltliga, Heidelberg 2005.
- Haarmann, Ulrich/Halm, Heinz (Hrsg.)
Geschichte der islamischen Welt.
München 1994.
- Hagemann, Ludwig/Albert, Reiner (Hrsg.)
Dialog in der Sackgasse.
Christen und Muslime zwischen Annalismus und Abschottung.
Altenberg 1998.
- Halm, Heinz **Der schiitische Islam.** Von der Religion zur Revolution.
München 1994.

Heine, Peter **Terror in Allahs Namen.** Extremistische Kräfte im Islam.
Freiburg, Basel, Wien 2002.

Heitmeyer, Wilhelm; Müller, Joachim; Schröder, Helmut **Verlockender Fundamentalismus.** Türkische Jugendliche in Deutschland.
Frankfurt a. M. 1997.

Heller, Erdmute & Mosbahi, Hassouna (Hrsg.) **Islam Demokratie Moderne.**
Aktuelle Antworten arabischer Denker.
München 1998.

Hoffmann, Lutz **Feindbild Islam.** Warum man hierzulande den Islam erfinden würde, wenn es ihn nicht schon gäbe.
Bremen 1997.

International Crisis Group **Understanding Islamism.** Middle East/North Africa Report N°37, 2 March 2005.

Kandel, Johannes **Grundlagen des Islamismus.** Friedrich-Ebert-Stiftung, politische Akademie, Referat Berliner Akademiegespräche/interkultureller Dialog, September 2004.

Kepel, Gilles **Das Schwarzbuch des Dschihad.**
Aufstieg und Niedergang des Islamismus.
München, Zürich 2002.

Kermani, Navid **Iran.** Die Revolution der Kinder.
München 2001.

Klettermann, Günter **Atlas zur Geschichte des Islam.**
Darmstadt, 2001 (Wissenschaftliche Buchgesellschaft, WBG).

Krämer, Gudrun **Geschichte Palästinas.**
München 2002 (Beck'sche Reihe 1461).

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.) **Islam in Deutschland.**
Stuttgart 2001 (Der Bürger im Staat, Heft 4/2001)

Marquardt, Udo **Miteinander leben.** Christen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland.
Bonn 3. Aufl. 1999 (Justitia et pax ARB 77).

Meddeb, Abdelwahab **Die Krankheit des Islam.**
Heidelberg 2002.

Meier, Andreas **Der politische Auftrag des Islam.**
Bonn 1995.

Metzger, Albrecht **Der Himmel ist für Gott, der Staat für uns.**
Göttingen 2000.

Mommsen, Katharina **Goethe und der Islam.**
Frankfurt a.M. 2001.

Müller, Herbert L. **Politischer Islam und Grundgesetz: Eine Herausforderung.**
Auswirkungen auf die Bundesrepublik.
Texte zur Inneren Sicherheit 1997.

Müller, Lorenz **Islam und Menschenrechte.** Sunnitische Muslime zwischen Islamismus, Säkularismus und Modernismus.
Hamburg 1996 (Mitteilungen des Deutschen Orient Instituts 54).

Pflitsch, Andreas **Mythos Orient.** Eine Entdeckungsreise.
Freiburg 2003 (Herder Spektrum 5408).

Riesebrodt, Martin **Die Rückkehr der Religionen.**
Fundamentalismus und der „Kampf der Kulturen“.
München 2001.

Rohe, Mathias **Der Islam - Alltagskonflikte und Lösungen.**
Rechtliche Perspektiven.
Freiburg, Basel, Wien 2001

- Ramadan, Said **Das islamische Recht.** Theorie und Praxis.
2. Aufl. Marburg 1996.
- Schirazi, Asghar **Probleme und Perspektiven der iranischen Opposition.**
Gestörte Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität.
Inamo (Informationsdienst Naher und Mittlerer Osten) 4/1995.
- Schneckener, Ulrich **Netzwerke des Terrors.**
Charakter und Strukturen des transnationalen Terrorismus.
(SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik)
Berlin 2002.
- Schulze, Reinhard **Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert.**
München 2001.
- Spuler-Stegemann, Ursula **Muslime in Deutschland.** Informationen und Erklärungen.
Freiburg, Basel, Wien 2002.
- Steinbach, Udo **Die Türkei im 20. Jahrhundert.** Schwieriger Partner Europas.
Bergisch-Gladbach 1996.
- Steinberg, Guido **Islamismus und islamistischer Terrorismus im Nahen und Mittleren Osten. Ursachen der Anschläge vom 11.9.2001.**
Sankt Augustin 2002 (Konrad-Adenauer-Stiftung: „Zukunftsforum Politik“ Nr. 39).
- Weiß, Christian; Weichert, Tom; Hust, Evelin u.a.
Religion - Macht - Gewalt. Religiöser Fundamentalismus und Hindu-Moslem-Konflikte in Südasien.
Frankfurt a. M. 1996.

Wright, Lawrence

The Man Behind Bin Laden.

How an Egyptian doctor became a master of terror.
In: The New Yorker, 16.9.2002.

Der Mann hinter Bin Laden.

Die islamistische Karriere des Dr. al-Zawahiri aus Ägypten.
In: Lettre Internationales 59, IV (2002), S. 28-44.

Logos und Signets wichtiger islamistischer Gruppen

Islamistische Gruppierungen mit Bezug zur „Muslimbruderschaft“ (MB)



„Muslimbruderschaft“ (MB), 1928 in Ägypten gegründet, zahlreiche nationale Zweige in arabischen Ländern.



HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung), seit 1987 palästinensischer Zweig der MB.



„Izz ad-Din Qassam-Brigaden“, bewaffneter Flügel der HAMAS in Palästina mit Hauptsitz Gaza-Stadt.



„Palästinensischer Jihad“ (PIJ), Splittergruppe der palästinensischen HAMAS.



„Al-Djamaa al-Islamiya“, terroristische Abspaltung der MB in Ägypten.



„Islamische Heilsfront“ („Front Islamique du Salut“, FIS), algerischer Zweig der MB, 1989 gegründet und seit 1992 als Partei in Algerien verboten.



„Islamische Bewaffnete Gruppe“ („Groupe Islamique Armée“, GIA), entstand 1992 als terroristische Abspaltung der FIS.



„Islamische Gemeinschaft Deutschland“ (IGD), gegründet 1958 als „Moscheebaukommission“ in München und 1982 in „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ umbenannt.



Hizb at-Tahrir („Partei der Befreiung“), 1953 gegründet als eigenständige pan-islamische Bewegung, seit Januar 2003 in der Bundesrepublik Deutschland verboten.

Säkular/islamistische Gruppierungen



„Fatah“, militärischer Flügel der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO).



„Al-Aqsa-Brigaden“, islamistisch-terroristische Splittergruppe der „Fatah“.



„Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP), Bewegung mit linksrevolutionären Ursprüngen.



„Volkskampffront“, Abspaltung der PFLP in Palästina.



„Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG), heute die größte türkisch-islamistische Organisation in Deutschland.



„Front der Islamischen Kämpfer des Großen Ostens“ (IBDA-C), entstand Mitte der 80er Jahre in der Türkei.



„Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF), auch „Graue Wölfe“ genannt, gegründet 1978.



„Hilafet Devleti“, „Kalifatsstaat“ (ICCB), 1984 gegründet. Ende 2001 in der Bundesrepublik Deutschland verboten.



„Hizb Allah“ („Partei Gottes“), 1982 gegründet, ist die mächtigste schiitisch-islamistische Organisation im Libanon.



„People's Mojahedin of Iran“ (PMOI), auch „Modjahedine-e Khalq Organisation“, linksextremistisch/islamistische Gruppierung der iranischen Opposition, wurde bereits zur Schah-Zeit Mitte der 1960er Jahre gegründet.

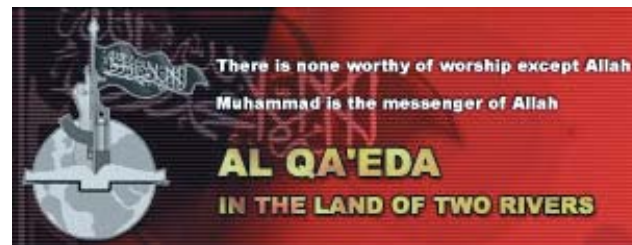
Djihadistische Gruppierungen mit Bezug zur Ideologie von „al-Qaida“



Inoffizielles Signet der „al-Qaida“ („Die Basis“), entstand Ende der 1980er Jahre.



„At-Tauhid wa 'l-Djihad“ entstand wohl als Idee Ende der 1990er Jahre oder zu Beginn 2000.



„Al-Qaida im Zweistromland“ nennt sich die Gruppe von az-ZARQAWI ab Oktober 2004 nach einem Treuschwur gegenüber Usama bin LADIN.



Der „Schurarat der Mudjahidin im Irak“ bildet sich Anfang 2006 als Zusammenschluss von mehreren Jihadgruppen.



„Djaisch al-Mudjahidin“ „Armee der Mudjahidin“, eine Widerstandsgruppe, die in Folge des Kriegs im Irak 2003 entstand.



„Al-Djaisch al-Islami fi 'l-Iraq“ „Islamische Armee im Irak“, eine der brutalsten Terrorgruppen.



„Groupe salafiste pour la Prédication et le Combat“ (GSPC), entstand 1997 in Algerien als Abspaltung der GIA.



„Laschkar-e Taiba“, „Soldaten des Reinen“, seit 1993 der militante Flügel der „Markaz ad-Dawa wa 'l-Irschad“ (MDI), 1989 gegründet.



Als „Leeuwen van Tawheed“ („Löwen des Tauhid“) bezeichnete sich die so genannte Hofstadt-Gruppe in den Niederlanden.

VERTEILERHINWEIS

Diese Informationsschrift wird vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg im Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist jedoch den Parteien, die Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

**SONSTIGE PUBLIKATIONEN DES
LANDESAMTS FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG**

Öffentlichkeitsarbeit, Taubenheimstraße 85 A, 70372 Stuttgart
Tel.: 0711/9544-181/182, Fax: 0711/9544-444

Verfassungsschutz Baden-Württemberg

Februar 2005

Extremisten im Internet - Eine Herausforderung für die Sicherheitsbehörden

Dezember 2001

Rechtsextremismus

März 2006

Rechtsextremistische Skinheads

Dezember 2001- gedruckte Auflage vergriffen, Neuauflage geplant

Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland - Allgemeine Entwicklung

Februar 2003

Antifaschismus als Aktionsfeld von Linksextremisten

März 2002

Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) - Auf dem Weg in die Demokratie?

August 2000

Islamistischer Extremismus und Terrorismus

April 2006

Erscheinungsformen des Ausländerextremismus

März 2001

Die „Scientology-Organisation“ (SO)

Juli 2003

Der Kampf der „Scientology-Organisation“ um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit in den USA und seine Auswirkungen auf Deutschland

April 2004

Wirtschaftsspionage in Baden-Württemberg und Bayern - Daten - Fakten - Hintergründe

Oktober 2006

Know-how-Schutz - Handlungsempfehlungen für die gewerbliche Wirtschaft

Juli 2004

Alle Publikationen können auf unserer Internetseite <http://www.verfassungsschutz-bw.de> eingesehen und heruntergeladen werden.



Baden-Württemberg
LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

Taubenheimstraße 85 A • 70372 Stuttgart • Telefon 0711/95 44-00 • Fax 0711/95 44-444

info@verfassungsschutz-bw.de • www.verfassungsschutz-bw.de